SSOAR

Open Access Repository

www.ssoar.info

Von Generation zu Generation

Deth, Jan W. van (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerk / collection

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Deth, J. W. v. (Hrsg.). (2002). *Von Generation zu Generation* (ZUMA-Nachrichten Spezial, 8). Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen -ZUMA-. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-50710-9

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

GESIS ZUMA

NACHRICHTEN

Spezial Band 8

Von Generation zu Generation

Jan van Deth (Hrsg.)

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA)
ZUMA ist Mitglied der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS). Die GESIS ist eine Einrichtung der "Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz" (WGL).

Vorsitzender des Trägervereins ZUMA e.V.: Prof. Dr. Jan v. Deth
Direktor: Prof. Dr. Peter Ph. Mohler

Hausanschrift	**Postanschrift**
B 2, 1	Postfach 12 21 55
68 159 Mannheim	68 072 Mannheim

Telefon	0621/1246 - 172	
Fax	0621/1246 - 100	
E-Mail	zuma@zuma-mannheim.de	
Internet	http://www.gesis.org/	*GESIS*
	http://www.gesis.org/zuma/	*ZUMA*

ISBN 3-924220-23-9

Druck: Verlag Pfälzische Post GmbH, Neustadt/Weinstraße.
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Copyright © ZUMA, Mannheim, 2002

Inhalt

Vorwort - Kontinuität und Wandel bei ZUMA
Jan van Deth *5*

Die Empirische Psychologie
Hubert Feger 10

Zeitgeist und Moden Empirischer Analysemethoden
Jürgen Rost 21

Laudatio auf Hansgert Peisert, Max Kaase und Walter Müller
Erwin K. Scheuch 32

Soziologie und Empirische Sozialforschung – Von Generation zu Generation
Andreas Diekmann 43

Politikwissenschaftliche Forschung in Deutschland von 1949 bis Ende der 60er Jahre
Hans-Dieter Klingemann 51

Die empirische Politikforschung seit den 70er Jahren
Jan van Deth 59

VORWORT

KONTINUITÄT UND WANDEL BEI ZUMA

Aus Anlass der Ehrung und Würdigung von Prof. Dr. Max Kaase, Prof. Dr. Walter Müller und Prof. Dr. Hansgert Peisert für ihre langjährige und richtungsweisende Abeit in der Mitgliederversammlung des ZUMA e.V. fand am 14. Juni 2002 eine wissenschaftliche Tagung statt. Zu dieser Veranstaltung waren u.a. die Mitglieder und ehemaligen Mitglieder aller ZUMA- und GESIS-Gremien, die wissenschaftlichen Mitarbeiter des ZUMA und von ZA und IZ, Professoren der Universität Mannheim, Heidelberg und Speyer, Vertreter kooperierender Forschungsinstitute, Vertreter der WGL und der DFG, Vertreter der Stadt Mannheim und einiger Ministerien sowie die Gutachter der ersten ZUMA-Stunde nach Mannheim eingeladen. Sehr viele leisteten dieser Einladung Folge, obwohl der eigentliche Anlass der Tagung eher traurig stimmte.

Max Kaase war von 1974 bis 1979 der erste geschäftsführende Direktor von ZUMA, seit Oktober 1980 war er Vorsitzender des ZUMA e.V. Er gab zum 1. Januar 2002 seine Funktion als Vorsitzender auf, bleibt aber als Mitglied des Vereins aktiv. Walter Müller ist seit April 1986 Mitglied des ZUMA e.V. und hat am 1. Januar 2002 seine langjährige Funktion als stellvertretender Vorsitzender beendet, bleibt aber ebenfalls als aktives Mitglied dem Verein erhalten. Hansgert Peisert war bereits in den 60er Jahren in der Gründungsdiskussion und von Anfang an in der Mitgliederversammlung des ZUMA e.V. aktiv. Nachdem er fast 35 Jahre ununterbrochen im Einsatz war, beendete er am 1. Januar 2002 seine ZUMA-Aktivitäten. Hiermit zeichnet sich bei ZUMA eine Art Generationswechsel ab. Einige Personen, die jahrzehntelang das „Gesicht“ von ZUMA bestimmten und maßgeblich an der Gründung und dem Aufbau des Instituts sowie an der Entwicklung von GESIS beteiligt waren, verlassen die vordere Reihe. Ihre Nachfolger sind nicht nur jünger, sondern sie verfügen auch nicht über eigene Erfahrungen mit früheren Phasen der ZUMA-Aktivitäten. Sie werden unter anderem auch deswegen aktuelle Entwicklungen und zukünftige Herausforderungen möglicherweise anders beurteilen als ihre Vorgänger.

(von links): Max Kaase, Jan van Deth, Hansgert Peisert, Walter Müller

Das Hauptthema der wissenschaftlichen Tagung am 14. Juni passte in diesem Sinne zur Verabschiedung der genannten drei Kollegen, nämlich die Bedeutung des Generationswechsels in der empirischen Sozialforschung. Jeder denkt bei dem Thema „Von Generation zu Generation“ natürlich sofort an Mannheim – nicht an ZUMA oder an die Stadt Mannheim, sondern an den Soziologen Karl Mannheim. In seinem berühmten, 1928/29 erschienenen Aufsatz über „Das Problem der Generationen“ unterscheidet er von Anfang an zwischen einer „positivistischen“ und einer „romantisch-historischen Fragestellung“ (Mannheim 1928/29: 157-168). Beide dieser zwei verschiedenen Ansätze erscheinen sehr geeignet für Betrachtungen über den Generationswechsel in der empirischen Sozialforschung. Zum einen sind klare soziale und biologische Rahmenbedingungen nachweisbar, welche den Generationswechsel bestimmen und seinen Ablauf fast naturgemäß festlegen. Zum anderen bilden Generationen eine „Gleichzeitlichkeit“, da sie über gleiche Erfahrungen verfügen und die gleichen Erlebnisse teilen. Es ist diese „Verbundenheit [...] als eine Partizipation an den gemeinsamen Schicksalen“ (Mannheim 1928/29: 309), die eine Geburts-

gruppe zu einer Generation macht. In seinem Aufsatz weist Mannheim auf die entscheidende Rolle von Generationen in jeder Diskussion über Änderung und Kontinuität hin:

„Das Wichtigste am Generationswechsel blieb, dass er als einer der wesentlichsten treibenden Faktoren im Fortschritt betrachtet wurde“ (Mannheim 1928/29: 163).

(von links): Hansgert Peisert, Walter Müller, Gerhild Framhein, Erwin K. Scheuch

Obwohl Mannheim den naiven Fortschrittsgedanken direkt problematisiert und zurückweist, ist es genau dieser Gedanke an „wesentlich treibende Faktoren im Fortschritt“, welcher auch bei einem Generationswechsel bei ZUMA im Vordergrund stehen sollte. Was ist in den letzten drei Jahrzehnten passiert, und welche Herausforderungen kommen auf das Institut zu? Wie haben sich die empirischen Sozialwissenschaften in dieser Periode entwickelt, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für ZUMA? Zeichnet sich tatsächlich ein Generationswechsel im Mannheim’schen Sinne ab, oder ist eher von Kontinuität zu reden – trotz der Tatsache, dass an mehreren Stellen „neue“ Personen angetreten sind? Ein „positivistischer“ Ansatz des Generationswechsels reicht ganz offensichtlich nicht aus. Erforderlich sind zusätzlich „romantisch-historische“ Betrachtungen, die die

Erfahrungen der verschiedenen Gruppen mit der Entwicklung der Sozialwissenschaften berücksichtigen.

Zur Diskussion derartiger Fragen und Themen hat die Mitgliederversammlung des ZUMA e.V. mehrere Mitglieder gebeten, auf der Basis ihrer Erwartungen und Erfahrungen einen Beitrag zur wissenschaftlichen Tagung am 14. Juni zu leisten. Dabei sind jeweils zwei Kollegen – ein älterer und ein jüngerer – gebeten worden, gemeinsam einen von drei Hauptbereichen der empirischen Sozialforschung abzudecken. Zunächst beschäftigten sich Hubert Feger und Jürgen Rost mit den Entwicklungen in der empirischen Psychologie. Erwin Scheuch und Andreas Diekmann betrachteten die (soziologische) empirische Sozialforschung, während Hans-Dieter Klingemann und Jan van Deth die empirische Politikforschung als Gegenstand ihrer Beiträge wählten.

(von links): Walter Müller, Rainer M. Lepsius, Max Kaase

Die überarbeiteten Manuskripte der Vorträge finden Sie im vorliegenden Band. Von Anfang an ist der Inhalt und die Schwerpunktsetzung der verschiedenen Beiträge den Referenten selbst überlassen worden, damit persönliche Erfahrungen und Interpretationen der Entwicklungen einfließen können. Dieser Band gibt so auch sicherlich keinen Überblick der Entwicklungen der empirischen Sozialwissenschaften, der sich auf ein gemeinsames Schema oder eine Systematik zurückführen ließe. Er ist vielmehr Ausdruck unterschiedlicher Erfahrungen und Interpretationen unterschiedlicher Personen in unterschiedlichen Positionen. Gerade durch die Abwesenheit einer zwingend auferlegten Vorgehensweise konnten die besonderen Merkmale des Generationswechsels zum Ausdruck kommen. Das Ergebnis ist eine bunte Mischung unterschiedlicher Beiträge – eine Mischung, die so bunt ist wie der Generationswechsel bei ZUMA selbst.

Die erfolgreiche Organisation der wissenschaftlichen Tagung, der Festakt sowie die Veröffentlichung der Beiträge ist das Ergebnis großer Anstrengungen vieler Beteiligter. Von diesen können hier nur einige erwähnt werden. Zum Dank verpflichtet sind wir in jedem Fall Dr. Jürgen Hoffmeyer-Zlotnik und Patricia Lüder, die zusammen die Tagung vorbereitet haben und für einen sehr angenehmen und reibungslosen Verlauf des Programms sorgten. Mit viel Geduld und Kompetenz wandelten Elisabeth Bähr und Margit Bäck die verschiedenen Beiträge in druckfähige Manuskripte um. Ein Wort des Dankes gilt selbstverständlich auch den Referenten, die ohne detaillierte Angaben über die erwarteten Beiträge sofort bereit waren, ihre persönlichen Erfahrungen und Einschätzungen vorzustellen und in lesbare Texte umzuwandeln. Ute Scheuch danken wir ganz herzlich für die in diesen Band aufgenommenen Fotos der Tagung.

Am Ende der Tagung fand ein Festakt zur Ehrung von Max Kaase, Walter Müller und Hansgert Peisert statt. Ohne ihren Einsatz und ihr Engagement würden die empirischen Sozialwissenschaften und ZUMA heutzutage ganz anders aussehen. Deswegen gebührt diesen drei Kollegen an dieser Stelle unser Dank. Die größte Herausforderung der nachfolgenden Generation ist die Beibehaltung oder gar Erhöhung des derzeit erreichten Niveaus. Das wird nicht einfach sein.

Jan W. van Deth
Vorsitzender des ZUMA e.V.

Literatur

Mannheim, K., 1928/29: Das Problem der Generationen. Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie 7: 157-184 und 309-330.

DIE EMPIRISCHE PSYCHOLOGIE

HUBERT FEGER

Der vorgegebene Rahmen – „Von Generation zu Generation“ – ist sicherlich sehr bewusst, fast liebevoll gewählt worden, vielleicht angelehnt an Kapitel 14 „From Generation to Generation“ in Putnams Buch (2000) „Bowling Alone“. Und die Referenten wurden nicht im Unklaren darüber gelassen, was von ihnen erwartet wird. In einer kleinen Vorgabe für die Referenten heißt es:

„Da der Begriff der Generation in der Wissenschaft anders als in der Geburtenfolge nur eine verhältnismäßig kurze Zeitspanne umfasst und alle Referenten bis heute als Wissenschaftler aktiv sind ...“

Schimmert in dieser vorsichtigen Formulierung nicht schon ein gewisser Vorbehalt durch, man könnte vielleicht den Begriff der Generation als Leitbegriff der personellen und persönlichen Entwicklung der Träger einer wissenschaftlichen Institution ein wenig zu sehr belasten, wenn er es ist, der Veränderungen und Übergänge erfassen soll? Immerhin wird die andauernde wissenschaftliche Tätigkeit schon gleich als Definitionskriterium beiseite gelegt.

1. Generation – ein schwieriger Begriff für die Analyse von Veränderungen in wissenschaftlichen Strukturen

Könnte es sein, dass „Generation“, wenn nicht ausschließlich, so doch im wesentlichen ein psychologisches Konstrukt ist, verankert im Erleben und Verhalten der sich so Identifizierenden, mit ihrer Einzigartigkeit bestimmenden Personen? Könnte es vielleicht auch sein, dass die Gliederung in Generationen manchmal ein Artefakt der Datenanalyse ist?

Diesen Punkt möchte ich erläutern. Dazu möchte ich so weit abstrahieren, dass von den Mitgliedern einer möglicherweise als Generation zusammengefassten Personenzahl nur ihr Eintrittsdatum in die Universität, ihre Berufung auf einen Lehrstuhl oder der Eintritt in die Mitgliederversammlung von ZUMA zählt.

Dann unterscheiden sich die so abstrahierten Punkte auf dem Zeitstrahl nicht von den Positionen von früher häufiger roten, heute eher schwarzen Autos auf der Autobahn, auf

der es bekanntlich auch zu Aggregationen kommt, die wir hier „Staus“ nennen. Sie entstehen u. a. aus folgenden Gründen:

1. Zu unterschiedlichen Zeiten *fahren* unterschiedlich viele Fahrzeuge *auf*. Meine Generation entstand auch aus der Berufungswelle zu Beginn der siebziger Jahre, und natürlich hat es sich die ältere Generation nicht nehmen lassen, ab und an darauf hinzuweisen.

2. An verschiedenen Ausfahrten *verlassen* unterschiedlich viele Fahrzeuge die Bahn. So konnten zum Glück viele jüdische Psychologen und deren Freunde das Dritte Reich rechtzeitig verlassen. Die Nachkriegsgeneration auf psychologischen Lehrstühlen war dann auch eine Mischung von eher älteren Remigranten und eher jüngeren USA-Stipendiaten, und die Übernahme der amerikanischen, damals überwiegend behavioristischen Psychologie geschah recht reibungslos – und beispielsweise hatte die auch damals schon und heute noch recht eigenständige französische Psychologie keine Chance.

3. Schließlich – wie elegante mathematische Modelle zeigen – kommen Staus und die entsprechenden Strecken freier Fahrt schon allein durch die Varianz der Fahrgeschwindigkeiten zustande. Wie unterschiedlich rasch durcheilen Wissenschaftler ihre Laufbahn und Karriere! So entsteht auch in den wissenschaftlichen Institutionen der bekannte „Ziehharmonika-Effekt“. Wenn man beispielsweise immer wieder Mitglied in Berufungskommissionen ist, dann kann man feststellen, wie plötzlich ganze Blöcke von Bewerbern, die einem von früheren Verfahren bekannt sind, schlagartig wegfallen – eine neue Generation scheint angetreten zu sein.

Wenn man will, kann man diese Gründe für das unausweichliche Entstehen von Aggregaten, die als Generationen erscheinen mögen, als äußerlich bezeichnen und verlangen, dass eine Generation, die diese Bezeichnung verdient, durch *besondere Merkmale, Ereignisse*, *Persönlichkeiten* zu kennzeichnen sei. Wenn man also prägnant wie Schelsky von der „skeptischen“ Generation spricht oder von der betrogenen Generation der Wissenschaftler, die nach der Bildungskatastrophe noch immer den Studentenberg untertunneln, dann hat man zu der zeitlichen Verdichtung relevanter Lebenslaufdaten noch etwas vom allgemein prägenden Charakter dieser Personen und dieser Zeit dingfest gemacht.

Warum aber sollte die Identifikation von Generationen ein *Auswertungsartefakt* sein? Das möchte ich an fiktiven Daten einfachster Art erläutern; die Verallgemeinerung auf mehr Variablen etc. scheint direkt. Hier die fiktiven Rohdaten. Man kann sie als Eintreten eines bedeutsamen Ereignisses zu einem bestimmten Zeitpunkt t lesen.

t =	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
	0	0	1	1	0	1	0	0	0	1	0	1	1	1	1	0	0	1	0	0

mit Sequenzen	0	2 mal	und	1	3 mal
	00	3 mal		11	1 mal
	000	1 mal		1111	1 mal

Oft und bisweilen implizit wird eine solche Serie oder Zeitreihe bei der Auswertung *geglättet.* Dazu existieren verschiedene Kriterien und Formeln, ein umfassender Bereich an Spezialliteratur. Hier sei eine der einfachsten Vorgehensweisen gewählt: Zum eigenen numerischen Wert (0 oder 1 der Kodierung) addiert man den Wert der unmittelbar vor- und nachfolgenden Elemente. Im Beispiel entsteht:

t =	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
	0	1	2	2	2	1	1	0	1	1	2	2	3	3	2	1	1	1	1	0

Am Mittelwert (oder Median etc.) legt man eine Schwelle, oberhalb derer der neue Wert 1, unterhalb der neue Wert 0 zugewiesen wird. Im Beispiel ist der Mittelwert = 1,4. Er führt zu der geglätteten Sequenz g, die zum besseren Vergleich noch einmal mit den Rohdaten zusammen gezeigt wird:

t =	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
	0	0	1	1	0	1	0	0	0	1	0	1	1	1	1	0	0	1	0	0
g =	0	0	1	1	1	0	0	0	0	0	1	1	1	1	1	0	0	0	0	0

Nun existieren: 1 Sequenz mit 2 Nullwerten,
2 Sequenzen mit 5 Nullwerten,
1 Sequenz mit 3 Einswerten,
1 Sequenz mit 5 Einswerten.

Das beeindruckt als eine deutliche Verstärkung der Clusterbildung in einer Sequenz, die man auch statistisch sichern kann.[1] *Glätten schafft Cluster.*

1 Z. B. über den runs-test oder über SCAN–Statistiken.

2. Generation und Kohorte

Gestatten Sie mir, die Perspektive zu wechseln. Wenn wir personenbezogene Veränderungsprozesse mit den Begriffen unserer Wissenschaften beschreiben wollen, haben wir einige *Alternativen* zum Konzept „Generation" – insbesondere das der „Kohorte". Weitere Alternativen wie *„Clique"* oder *gleitende, kontinuierliche Übergänge* fallen hier der Zeitbeschränkung zum Opfer. Statt dessen spielen wir ein wenig mit dem in den Verhaltens- und Sozialwissenschaften, aber auch beispielsweise in Ökonomie und Epidemiologie vertrauten Trio „Kohorte, Alter und Messzeitpunkt".

Mit *Kohorte* bezeichnen wir hier – angelehnt an den zehnten Teil einer römischen Legion – Gruppen oder Aggregate, meistens von Menschen, *die zu einem bestimmten Zeitpunkt gemeinsam in einem sozialen System auftreten* (Mason, Fienberg 1985).

Mit dem Begriff Kohorte eng verbunden – zur gleichzeitigen Analyse – sind „Alter" (meistens Lebensalter) und „Periode" (Messperiode oder Messzeitpunkt). Ist das Lebensalter der Grund für gehäuftes Auftreten, dann ändert sich das Individuum – so beispielsweise bei Kurzsichtigkeit –, aber die Gesellschaft muss sich nicht ändern. Ist die Kohorte der Grund – z. B. für die Häufigkeit von Wehrdienstverweigerung –, dann ändert sich die Gesellschaft, während sich das Individuum nicht ändern muss.[2] Das war schon die Frage, die Andvord (1921) in seiner klassischen Studie über Tuberkulose stellte: Ist die gehäufte Erkrankung eher mit der Kindheit als Lebensalter oder mit Epidemiewellen verbunden?

Bald waren Modelle in der Diskussion, die statistische Interaktionseffekte annahmen. Bald auch stellte man für Modelle dieser Art gravierende Probleme der Analyse fest, bekannt als „Identifikationsproblem". Es entsteht durch die lineare Abhängigkeit der drei erwähnten Konzepte per definitionem:

$$C = P - A$$

mit C = Kohorte, Zeit des Systemeintritts,
P = Periode, Messzeitpunkt im System, und
A = Alter, Lebensdauer.

2 Nach Putnam, Kap. 14.

Abbildung 1: Short-Term Longitudinal Sequences Design for the Study of Adolescent Development

	Age					
Cohort	13	14	15	16	17	18
1959	1972					
1958	1971	1972				
1957	**1970**	**1971**	**1972**			
1956		**1970**	**1971**	**1972**		
1955			**1970**	**1971**	**1972**	
1954				**1970**	**1971**	**1972**
1953					1970	1971
1952						1970

Abbildung aus Jöreskog & Sörbom (1985, p. 330).
In **fett** die von Jöreskog ausgewählten Zellen.

Die Zeilen dieser Matrix enthalten die Kohorte, die Spalten das Alter und die Zellen den Messzeitpunkt. Zeilen und Spalten als Koordinaten bestimmen eindeutig das Messjahr.

Was ist aus dem Ansatz geworden? Sollten wir, statt „Von Generation zu Generation“ zu feiern, lieber von Kohorten, Alter und Messzeitpunkten reden?

Die Kohortenanalyse hatte in den siebziger und achtziger Jahren einen Höhepunkt in der Anwendung. Gleichzeitig wurden die Modelle, wie nicht selten in der Methodenforschung, immer komplizierter – und vielleicht zu kompliziert für Fächer, in denen ein obligates Mathematikstudium wie in den Naturwissenschaften immer noch nicht eingeführt ist. Wer heute Daten dieser Art analysiert, würde wohl eher zu Strukturgleichungsmodellen greifen, die ja auch auf Arbeiten zurück gehen, die Jöreskog im Kontext der Analyse von Veränderungen durchgeführt hat. Freilich, die Auseinandersetzung mit diesem Vorgehen etwa in der Art, wie die Nonmetrische Multidimensionale Skalierung auf den Prüfstand gelegt wurde, diese Auseinandersetzung steht noch aus und wartet auf die nächste Generation.

3. Trends in der Sozialpsychologie

Ein persönliches Wort zur Entwicklung der beiden Fächer, die ich in Forschung und Lehre vertrete. Die Entwicklung der aus vielen Wurzeln stammenden *Sozialpsychologie* ist nicht leicht zu skizzieren, am ehesten wohl noch als die *eines Faches auf der Suche nach seiner Identität*. Nimmt man das erste Handbuch der Sozialpsychologie, 1935 von Carl Murchison herausgegeben, so finden sich 23 thematische Artikel. Der erste befasst sich mit „Population behavior of bacteria“, dann stoßen wir beispielsweise auf „Bird

societies“, aber ebenfalls auf die „Social history of the Yellow Man“. Von den 23 Artikeln liegen heute noch *zwei* im aktuellen Themenfeld der Sozialpsychologe: der berühmte von G. W. Allport „Attitudes“ und der von Dashiell über „Experimental studies ...“, der von der Methode her das zusammen fasst, was heute noch vorwiegend experimentell behandelt wird. Von heute aus gesehen hat das Fach seine weite Konzeption aufgegeben zugunsten anderer, teils neuer Fächer – und sich sehr strikt, zumindest in den „führenden Journalen“ auf experimentelles Vorgehen festgelegt.

Dafür gibt es mehrere Gründe, von denen ich einige ansprechen will, die sich nicht primär aus dem Forschungsgegenstand, wie die meisten Forscher ihn sehen, selbst ergeben. Zwar hat bedauerlicherweise auch die Psychologie ihren Tribut an den Nationalsozialismus gezollt. Aber das Fach glaubt sich im Vergleich zu anderen Fächern relativ menschlich verhalten zu haben, und viele führen das auf eine naturwissenschaftliche Orientierung zurück, die für eine gewisse Immunität gegen faschistische Ansprüche gesorgt habe. Von daher hatten auch im Neubeginn nach dem Weltkrieg etwa die „wieder zugelassene“ Psychoanalyse oder die Frankfurter Schule wenig Einfluss auf die akademische Sozialpsychologie. Selbst die „Kritische Psychologie“, gerade insbesondere aus Kreisen von Sozialpsychologen hervorgegangen, ist heute eher eine historische Reminiszenz, unter anderem auch, weil sie nicht auf breiter Front mit eigenen empirischen Beiträgen überzeugen konnten.

In Deutschland musste die Sozialpsychologie gleich zweimal eingeführt werden. Wundts Völkerpsychologie verging wie manche hier entwickelten Ansätze mit dem Nationalsozialismus. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde, hauptsächlich aus den Vereinigten Staaten kommend, eine an sich zu den anderen Sozialwissenschaften weit offene Sozialpsychologie rezipiert. Berufsständische Momente, aber auch – wie im Mutterland – der dominierende Behaviorismus verengten bald das Spektrum. Nach der Wiedervereinigung wurde für die Neuen Länder – wie überall in den alten – Sozialpsychologie in jedem psychologischen Studiengang und an jeder Universität obligatorisch.

Die Konsolidierung des Faches in Deutschland wurde in den siebziger Jahren durch eigene Bände im Handbuch der Psychologie deutlich und durch die „Zeitschrift für Sozialpsychologie“, die von Graumann, Irle, Holzkamp und mir gegründet wurde. Später traten die Querverbindungen zu den anderen sozialwissenschaftlichen Fächern zurück, die Angewandte Sozialpsychologie wurde versuchsweise nach vorne geholt, und insgesamt dominiert derzeit, angelehnt an entsprechende weltweite Trends in der Allgemeinen Psychologie, die „kognitive Orientierung“.

Die Entwicklung der Sozialpsychologie ist in der Bundesrepublik eng verbunden mit der Entwicklung der Psychologie an den Universitäten insgesamt. Als ich 1960 das Studium

der Psychologie begann, gab es in der gesamten Republik 18 Ordinariate für Psychologie, und selbst wir Studenten kannten bald die Namen der führenden Professoren und ihre Orientierungen. In den kommenden Jahren folgte eine Diplomprüfungsordnung der anderen; am strengen Numerus-clausus-Fach wurde von allen Seiten operiert. Die Sozialpsychologie wurde Fach im grundlagenforschungsorientierten Vordiplom, mit weitreichenden Folgen, u. a. der, dass kaum noch Diplomarbeiten in diesem Fach geschrieben wurden. In einem Fach wie der Psychologie, in der die Klinische Anwendung nun vorherrscht und in dem so gut wie keine industrielle Grundlagenforschung existiert, trug das zu einer gewissen Verödung bei, die nicht dadurch kompensiert wurde, dass mancher gute Artikel und schließlich deren Autor unwiederkömmlich in die USA abwanderte.

Auch derzeit liegt wieder ein neuer Entwurf der Rahmenprüfungsordnung vor und enthält als Momentaufnahme das konsensuelle, minimale Selbstverständnis des Faches:

„Die Sozialpsychologie ist die empirische Wissenschaft vom individuellen und kollektiven Erleben und Verhalten in Abhängigkeit von der jeweiligen sozialen Situation. Auf individueller Ebene beschäftigt sie sich mit der Verarbeitung sozialer Information, der Wirkung sozialen Einflusses und dem individuellen Verhalten in Dyaden und sozialen Gruppen. Soziales Verhalten wird dabei als Funktion der subjektiv wahrgenommenen sozialen Situation untersucht, wobei deren subjektive Wahrnehmung sowohl durch Merkmale des Individuums als auch durch soziale Prozesse bestimmt wird. Auf kollektiver Ebene beschäftigt die Sozialpsychologie sich mit der Struktur, der Dynamik und dem Verhalten sozialer Gruppen und dem Entstehen und der Dynamik sozial geteilter Konstrukte (z. B. kollektiv übergreifender Werte und Einstellungen). Der Sozialpsychologie geht es sowohl um allgemeine Gesetzmäßigkeiten individuellen oder kollektiven Verhaltens als auch um individuelle, dyadenspezifische, gruppenspezifische oder kulturelle Randbedingungen. Sozialpsychologische Forschung beinhaltet deskriptive, korrelative und experimentelle Forschung. Sie bedient sich eines breiten Methodenspektrums, das quantitative und qualitative Erhebungsinstrumente umfasst."

Man kann sich sehr ausführlich mit dieser Umschreibung befassen. Vor allem das, was fehlt, ist bezeichnend, etwa eine Bestimmung dessen, was in der „sozialen Situation" mit „sozial" gemeint ist. Es fehlen auch Verweise auf theoretische Leitbegriffe wie etwa *Interaktion* (von Hecker, Feger 2001). Aber in diesem vorparadigmatischen Zustand des Faches fehlen eben fundierende Konzepte wie beispielsweise in der Biologie „Zelle" und „Gen". Der Minimalkonsens schließt nichts aus, fördert eher die Breite als die Tiefe. Dabei gibt es – etwa in der Einstellungsforschung und Kleingruppenforschung – reich gefüllte Scheunen. Das Korn wartet auf den Müller in der nächsten Generation.

4. Zur Entwicklung der Methoden in den Verhaltens- und Sozialwissenschaften

Während sich die Sozialpsychologie in erster Linie *verändert, entwickelt* sich die Methodenlehre der Verhaltens- und Sozialwissenschaften. Gut getragen von einer Mathematik, die sich nicht nur in der Statistik mehr und mehr für Probleme auch außerhalb der klassischen Naturwissenschaften interessiert, nähert sich die Methodenlehre mehr und mehr den *Datengegebenheiten* unserer Fächer an. War es in den zwanziger Jahren ein Durchbruch, als R. A. Fischer mit dem Allgemeinen Linearen Modell eine noch heute sehr tragfähige Grundlage schuf, so explizierte eben dieses Modell auch seine Grenzen deutlich – vor allem übrigens gerade in der Sozialpsychologie –, wenn es Stichprobenlogik, Verteilungsannahmen und Annahmen über das Skalenniveau bewusst machte. Heute hat eine auch schon bei Fischer im „exact probability test" angelegte Revolution selbst SPSS erreicht: Die Permutationsstatistik wird, so vermute ich, in der nächsten Generation zur echten Alternative des Allgemeinen Linearen Modells werden, zumal mit der Behandlung von Längsschnittdaten, statistischer Interaktion (Brunner, Langer 1999) und multivariaten Versuchsplänen (Pesarin 2001) die letzten größeren Lücken im Angebot geschlossen sind.

Im vergangenen Jahrhundert der Methodenentwicklung tauchten – etwa im neuen Gewand der *„Qualitativen Analysen"* – hermeneutische Methodenansätze wieder auf und sind inzwischen nicht nur bei Studenten beliebt und verbreitet. Unter „Qualitativer Analyse" verstehe ich hier jeden interpretierenden Umgang mit Beobachtungen, der seine Ergebnisse nicht mithilfe des *Variablenkonzepts* darstellt, und so den Rubikon der Formalisierung nicht überschreitet, an dessen einem Ufer die Freiheit der Intuition und hintergründiger Expertise locken, während am anderen Ufer die Kraft und Eleganz der Logik, der Mathematik und generell des Einsatzes von Symbolen und insbesondere Zahlen blühen.

Mancher hat die Verbreitung des hermeneutischen Vorgehens als Bedrohung des formalen Ansatzes empfunden, sind doch manche Proponenten eher Flüchtlinge vom eigenen Ufer. Aber der Rubikon ist ein nicht sehr tiefer, kleiner Grenzfluss zwischen Provinzen im gemeinsamen Land der Beobachtungen. Und beiderseits der Grenzen wird der Wert wissenschaftlicher Beobachtungen durch die gleichen Kriterien festgelegt. – Schade, dass ein erster Versuch von ZUMA, diese Ansätze systematisch in die Institution zu integrieren, vorläufig wohl eher zurück gestellt wurde. Aber ein erster Versuch wurde gemacht, und dabei sollte es nicht bleiben.

5. Ausblick

Ich darf für einen kurzen abschließenden Ausblick noch einmal auf das Konzept der Generationen zurückgreifen.

1. Jeder gehört genau einer Kohorte an. Man kann, aber muss nicht einer Generation angehören – kann vielleicht sogar aus verschiedenen Perspektiven mehr als einer Generation zugeordnet werden. Max Kaase und einige andere hier Anwesende gehören der ZUMA-Generation „nach Rudolf Wildenmann“ an, aber auch jener Generation von ZUMA-Mitgliedern, die die Einbettung in GESIS erlebten, die Max Kaase mit diplomatischer Meisterschaft bewundernswert gesteuert hat.

2. Eine Kohorte ist ein auf der Zeitachse durch zwei Grenzen genau markiertes Intervall. Generationen sind Zonen relativer Verdichtung im Zeitverlauf mit Überlappungen und unscharfen Grenzen zwischen Intervallen. Auch hier hat Max Kaase sein Haus gut bestellt. Leider verliert ZUMA mit Herrn Peisert ein bewährtes, sehr konstruktives und nobles Mitglied. Schade, und danke, Herr Peisert. Ein Grund weniger, sich auf die Zuma-Sitzungen zu freuen. Glücklicherweise sind in anderer Hinsicht die Grenzen fließend: Max Kaase und Herr Müller bleiben uns als Mitglieder erhalten.

3. Der Forscher ordnet eine Person einer Kohorte zu. Der Konsens der kulturellen Schiedsrichter definiert die Generation nach ihren Persönlichkeiten, die Ära nach ihren Ideen. So hat sich die Umfrageforschung, wieder nicht ohne tatkräftige Unterstützung durch Max Kaase, aus der primär nationalen Bezogenheit auf den internationalen Vergleich ausgeweitet – mit zahlreichen methodischen Konsequenzen, die zugleich mit einer Erweiterung der verfügbaren Palette der Medien zur Datenerhebung verbunden ist. Etwa zeitgleich ist das längsschnittliche Element in der Umfrageforschung stärker geworden. Vielleicht wird auch hier die Rolle der Datentheorie deutlicher hervortreten, wenn ihre bei Coombs (1964) und Roskam (1983) noch wenig betonten *prozessbezogenen Aspekte* für die Umfrageforschung verdeutlicht werden (s. schon Visser 1985).

   Eine Zwischenfrage sei erlaubt: Warum hat es bisher meines Wissens keinen rein methodisch orientierten Sonderforschungsbereich oder Forschergruppe der DFG gegeben? Zeigt die Schwierigkeit, die wir bei ZUMA haben, in der wissenschaftlichen Leitung gerade die Methodikerstelle zu besetzen, nicht unter anderem auch hier Defizite in der Nachwuchsförderung? Und wie will ZUMA seine Dienstleistungsaufgaben gegenüber der Profession in Zukunft erfüllen, wenn ZUMA nicht selbst wenigstens auf einigen Gebieten methodischer Grundlagenforschung führend ist? Warum also nicht zusammen mit den Universitäten in Mannheim und Heidelberg, vielleicht auch

Darmstadt und anderen (auch das Zentralarchiv böte sich als Kooperationspartner an), eine besondere Forschungsstruktur aufbauen, beispielsweise für die *Methoden längsschnittlicher internationaler Umfragestudien*, die hier bei ZUMA auf ein schnell reicher werdendes Arsenal an Daten, Praktikern und Nachfragenden stoßen dürfte.

4. Die „Kohorte" ist eine statistische Analyseeinheit, „Generation" eher ein psychologisches und soziales Konstrukt. Einige Funktionen des Generationenkonstrukts lassen sich aus der Alltagserfahrung vermuten: Identifikation mit einer Generation mag zum Teil des Selbstkonzepts werden; identifiziert werden mit einer Generation kann schmeicheln und entrüsten. In jeder Form sind die Vergleichbaren *Bezugsgruppe* mit allen bekannten Folgen. Es ist gut, beim Disengagement Freunde zu haben. Mir scheint es auch gut und richtig zu sein, die sozialen Schnittstellen zu betonen – also den Wandel zu feiern – und als Teil eines guten Lebensentwurfs auch sozial zu billigen.

„Deutschland" – so schreibt die Frankfurter Allgemeine am 1. Juni dieses Jahres – „ist ein Land der Erben geworden. Seit über 50 Jahren hat es keine Kriege mehr gegeben, so dass die Menschen, die das Land nach 1945 wiederaufgebaut haben, beachtliche Reichtümer angesammelt haben." Die Kollegen Kaase, Müller und Peisert gehören zu diesen Menschen, denen die nachfolgenden Generationen zu Dank verpflichtet sind. Und so gilt jeder Generation guten Willens, der kommenden und der scheidenden:

Crescat, vivat, floreat!

Literatur

Andvord, K.F., 1921: Is tuberculosis to be regarded from the aetiological standpoint as an acute disease of childhood? Tubercle 3: 97-116.

Brunner, E./Langer, F., 1999: Nichtparametrische Analyse longitudinaler Daten. München: Oldenbourg.

Coombs, C.H., 1964: A Theory of Data. New York: Wiley.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Juni 2002: 25.

Jöreskog, K.G/Sörbom, D., 1985: Simultaneous analysis of longitudinal data from several cohorts. S. 232-341 in: W.M. Mason/S.E. Fienberg (Hrsg), Cohort Analysis in Social Research. New York: Springer.

Mason, W.M./Fienberg, S.E., 1985: Introduction: Beyond the identification problem. S. 1-8 in: W.M. Mason/S.E. Fienberg (Hrsg): Cohort Analysis in Social Research. New York: Springer.

Murchison, C., 1935: A Handbook of Social Psychology. Worcester, Mass.: Clark Univ. Press.

Pesarin, F., 2001: Multivariate Permutation Tests. Chichester: Wiley.

Putnam, R. D., 2000: Bowling Alone. New York: Simon & Schuster.

Roskam, E.E., 1983: Allgemeine Datentheorie. S. 1-135 in: H. Feger/J. Bredenkamp (Hrsg.), Messen und Testen. Enzyklopädie der Psychologie. B I, Band 3. Göttingen: Hogrefe.

Visser, R.A., 1985: Analysis of Longitudinal Data in Behavioural and Social Research. Leiden (NL): DSWO Press.

von Hecker, U./Feger, H., 2001: Einübung in Sozialpsychologie. Band II: Die interindividuelle Perspektive. Lengerich: Pabst Science Publishers.

ZEITGEIST UND MODEN EMPIRISCHER ANALYSEMETHODEN

JÜRGEN ROST

Jeder inhaltlichen Disziplin billigt man Modeströmungen und Anpassungen an den Zeitgeist zu: Was heute ein aktuelles Forschungsthema ist, ist morgen schon Schnee von gestern.

Ganz anders in der Methodenlehre: Die universelle Einsetzbarkeit statistischer Verfahren wie Regressionsanalyse, Faktorenanalyse oder Varianzanalyse, die ehernen Gesetze der Versuchsplanung und der Stichprobentheorie oder die mathematische Exaktheit des conjoint measurement oder des law of comparative judgement überstehen jede Modeströmung schadlos oder scheinen gar gestählt aus ihr hervor zu gehen. Die Werkzeuge einer Disziplin können und dürfen sich nicht so schnell ändern wie die Inhalte der Disziplin, die mit diesen Werkzeugen untersucht werden.

Trotzdem gibt es auch in der Methodenlehre Moden und einen wechselnden Zeitgeist. Sie führen jedoch nicht dazu, dass sich das bisherige Arsenal in Forschungsmethoden als falsch oder unbrauchbar erweist. Vielmehr führen sie dazu, dass sich das Methodenarsenal um wesentliche Teile erweitert und bereichert.

Der Titel „Zeitgeist und Moden empirischer Analysemethoden" soll andeuten, dass sich zwischen zwei Generationen noch andere Dinge abspielen als dass die jüngere Generation von der älteren Generation lernt. Im folgenden möchte ich auf diejenigen Moden eingehen, die ich selbst als maßgeblich für die Methodenentwicklung wahrgenommen und miterlebt habe.

Moden kommen oft als Dichotomien, als Begriffspaare daher, wovon der eine Begriff den klassischen und vermeintlich überkommenen Methodenteil bezeichnet und der andere das bisher sträflich vernachlässigte, das innovative oder vermeintlich revolutionär neue Element der Methodenlehre. Ich möchte im folgenden sieben solcher Dichotomien benennen und jeweils darauf hinweisen, was sie für die Entwicklung der empirischen Forschungsmethodik bedeuten oder bedeutet haben.

1. Metrische vs. kategoriale Daten

Die erste Dichotomie ist diejenige von metrischen Daten und kategorialen Daten. Die Modeströmung, dass sich selbst hart gesottene Statistiker der Analyse kategorialer Daten zuwandten, liegt schon über ein Vierteljahrhundert zurück. Es war damals eine mit viel Emphase vertretene These, dass Menschen – und Menschen sind schließlich das Objekt sozialwissenschaftlicher Forschung – in der Regel keine metrischen Messwerte produzieren, sondern nur kategoriale, bestenfalls ordinale Daten.

Um kategoriale Daten rankte sich damals tatsächlich eine Art Ideologie, die in einem Zitat meines Kollegen und Flurnachbarn, Rolf Langeheine, zum Ausdruck kommt. In seinem Buch mit dem Titel „Loglineare Modelle zur multivariaten Analyse qualitativer Daten", wobei mit qualitativen Daten natürlich kategoriale Daten gemeint waren, zitiert er zwei deutsche Autoren, die im Hinblick auf die Dominanz metrischer Analyseverfahren einen Methodenoktroy diagnostizierten, „dessen Wurzeln sie in dem die gegenwärtige Gesellschaft kennzeichnenden System von Warenproduktion und Warentausch sehen" (Langeheine 1980).

Mögen dies auch noch die letzten Ausläufer der 68er Jahre gewesen sein, so ist es doch beeindruckend, welche Vielfalt und Ebenbürtigkeit, wenn nicht gar Überlegenheit sich im Bereich von Methoden für kategoriale Daten gegenüber statistischen Verfahren für metrische Daten entwickelt hat.

Log-lineare Modelle stellen heute ein formales Rahmenmodell dar, das vergleichbar ist mit dem allgemeinen linearen Modell der metrischen Statistik. Strukturgleichungsmodelle mit latenten Variablen, latent state-trait Modelle, Regressionsmodelle, Modelle mit Interaktionen beliebiger Ordnung stehen für die Analyse kategorialer Daten zur Verfügung (vgl. z.B. Andreß, Hagenaars und Kühnel 1997).

Die log-lineare Methodologie hat die korrelationsstatistische Methodologie sogar als restriktiv entlarvt, basiert diese doch ausschließlich auf den bivariaten Assoziationen einer Menge von Variablen und ist daher in ihrer Mächtigkeit, Wechselwirkungen höherer Ordnung abzubilden, eingeschränkt.

Aber auch die Item-response-Theorie hat ihren rasanten Fortschritt nicht zuletzt der Einsicht oder der Ideologie zu verdanken, dass Tests nicht per se metrische Messwerte liefern, sondern zunächst einmal nur kategoriale Antwortvariablen. Die Liste von statistisch ausgeklügelten Verfahren zur Verarbeitung kategorialer Daten ist um viele Punkte verlängerbar, genannt seien hier nur die logistische Regression, die Konfigurationsfrequenzanalyse (Krauth & Lienert 1973) und die Feature-pattern-Analysis (Feger 1994).

2. Deskriptiv vs. explikativ

Bei der Beratung von Forschungsprojekten ist man oft mit der Einstellung konfrontiert, dass deskriptive Datenanalysen weniger strenge Anforderungen an die Auswertungsmethoden stellen als explikative, also auf Erklärung abzielende Datenanalysen. Dabei unterliegt es durchaus zeitlichen Schwankungen oder „Modeströmungen", ob man seine Daten „lediglich deskriptiv" auswertet oder sich den strengen Anforderungen explikativer Analysen stellt. Im Wechselspiel dieser Modeströmung hat sich Methodenforschung abgespielt, die der philosophischen Position Vorschub leistet, dass es zwischen Deskription und Explikation eigentlich gar keinen Unterschied gibt.

Arbeiten zum Kausalitätsbegriff in den empirischen Sozialwissenschaften (Rubin 1974, Steyer 1992, Steyer et al. 2002) lassen den Schluss zu, dass die Absicherung einer Kausalinterpretation nichts anderes darstellt als eine hinreichend detaillierte Deskription. So ist nach dem sog. starken Kausalitätsbegriff von Steyer (1992) die Varianz einer abhängigen Variable B dann und nur dann durch eine unabhängige Variable A erklärbar, wenn die Stärke des Zusammenhangs beider Variablen invariant ist bezüglich aller denkbaren Moderatorvariablen.

Der Nachweis, dass Variable A Variable B beeinflusst und somit „erklärt", besteht im Aufzeigen eines gleich starken Zusammenhangs beider Variablen unter allen denkbaren Bedingungen. Die Erfüllung dieses Kausalitätsbegriffes beinhaltet nichts anderes als eine – zugegebenermaßen sehr detaillierte – Deskription der Daten.

Das Experiment als klassisches Unterscheidungskriterium zwischen deskriptiven und explikativen Analysen dient nach dieser Kausalitätstheorie dazu, alle potenziellen Moderatorvariablen durch Randomisierung zu kontrollieren. Es ist das wesentliche Merkmal eines Experiments, dass die Versuchspersonen zufällig den Experimentalbedingungen zugewiesen, also randomisiert werden. Aus dieser Perspektive sichert nicht die Manipulation der Treatment-Variable die Kausalinterpretation ab, sondern die Kontrolle aller möglichen Drittvariablen durch die Randomisierung der Versuchspersonen (Rost 2000a).

Diese Art der Ausschaltung potenzieller Moderatoreffekte durch Randomisierung ist aus Sicht der Kausalitätstheorie jedoch nur das Zweitbeste, was man tun kann. Die Randomisierung als Methode der Kontrolle von Drittvariablen liefert nämlich nur mittlere Effekte, d.h. den Effekt von Variable A auf Variable B, der sich gemittelt über alle Valenzen aller Drittvariablen ergibt. Eine Prüfung der Erfüllung des starken Kausalitätsbegriffs ist damit nicht verbunden, da die Effekte nicht getrennt für verschiedene Werte potenzieller Moderatorvariablen berechnet werden.

Steyer (1993) nennt es die schwache Kausalitätsbedingung, wenn von interpretierten Effekten (wenigstens) gesichert ist, dass es sich um mittlere Effekte handelt.

Aufgrund dieser Überlegungen kommt man zu der fast schon paradoxen Feststellung, dass sich eine Kausalinterpretation von Zusammenhängen und somit eine explikative Datenanalyse durch eine detaillierte Deskription von Daten besser absichern lässt als durch ein Experiment.

3. Operationalisieren vs. Messen

Seit Jahrzehnten existieren die Gepflogenheit, Variablen einfach zu operationalisieren, und die Messtheorie nebeneinander, wenn auch ohne allzu intensive gegenseitige Kenntnisnahme. In den Sozialwissenschaften ist es nach wie vor üblich, Variablen durch eine Messvorschrift zu definieren und frei nach dem berühmten Vorbild „Intelligenz ist, was der Intelligenztest misst“ auch zu sagen „Lebensqualität ist, was mein Lebensqualität-Fragebogen misst“ oder „subjektive Werthaltungen sind das, wonach meine fünf Items fragen“.

Auf der anderen Seite gibt es ganze Forschungstraditionen von Messtheorien, die zum Ziel haben, Messwerte als solche auszuweisen. Das heißt, bevor man von irgend einer Operationalisierung oder Messvorschrift sagen kann, sie messe diese oder jene Variable, muss man erst einmal nachweisen, dass sie überhaupt etwas misst. Um diesen Nachweis zu führen, müssen empirische Relationen in den Daten nachweisbar sein, die aus einer Theorie über die zu messende Variable abgeleitet sind. Das brauchen ja nicht gleich die restriktiven Bedingungen einer Guttman-Skala zu sein, es kann ja auch die Bedingung der doppelten Monotonie einer Mokken-Skala sein oder die bedingte Unabhängigkeit in einem latent-class-Modell.

Ein markantes Beispiel für die Dichotomie „Operationalisieren oder Messen“ ist die Unterscheidung von klassischer und probabilistischer Testtheorie, welche nunmehr schon 40 Jahre koexistieren und konkurrieren. Die klassische Testtheorie als Methode, die Summen von Itemantworten als Messwerte zu deklarieren, um danach deren Messwertqualität mit korrelativen Mitteln zu belegen. Und das Rasch-Modell als Methode zur Überprüfung der Frage, ob diese Addition von Itemantworten zu einem Summenscore überhaupt zulässig ist, das heißt zu Messwerten führt. Die eine Theorie überprüft die Annahmen, die die andere ungeprüft anwendet (Rost 1996, 1999).

Unabhängig davon, ob man Modeströmungen zugunsten der klassischen oder der probabilistischen Testtheorie sieht, die konkurrierende Koexistenz beider Richtungen hat sich als sehr fruchtbar erwiesen. So ist die klassische Testtheorie in die Allgemeine Theorie der

Strukturgleichungsmodelle integriert worden (vgl. Steyer & Eid 1995) und hat vielfältige Differenzierungen erfahren, z. B. in Form von latent state-trait Modellen (s. Eid 1995). Die probabilistische Testtheorie hat sich z. B. in Hinblick auf Item- und Personenfitmaße, bzgl. Modellgeltungstests oder hinsichtlich ihrer Anwendung auf mehrkategorielle Itemantworten zu einer praktikablen Alternative entwickelt (Fischer & Molenaar 1995, Rost 1999, 2000b, 2002).

4. Methoden vs. Modelle

In der modernen Methodenforschung taucht der Begriff „Methoden" praktisch nicht mehr auf. Statt dessen geht es um die Entwicklung von Modellen, um ihre Identifizierbarkeit, um die Anwendung von Modellen, die Geltungskontrolle von Modellen oder ganz unverblümt um die Frage, welches Modell das „most-general-model" ist. Ist es eine Frage des Zeitgeistes oder der Mode, ob man von Modellen oder Methoden spricht?

Der Methodenbegriff betont den Werkzeugcharakter statistischer Analyseverfahren und unterstreicht die Trennung von inhaltlichen Theorien und dem Werkzeug ihrer empirischen Überprüfung. Der Methodenbegriff beansprucht in gewisser Weise Wertneutralität der Verfahren, so wie man einen Hammer zum Nägel einschlagen verwenden kann, aber auch zum Zerstören von Dingen. Der Modellbegriff betont dagegen die Einheit von Forschungsinhalt und Methoden, liegt doch jeder Methode ein Modell des betreffenden Gegenstandsbereichs zugrunde.

Jede Methode beinhaltet die Anwendung eines Modells und die Interpretation der mit einer Methode gewonnen Resultate setzt voraus, dass das der Methode zugrunde liegende Modell auf die Daten passt. Dies gilt bereits für den Korrelationskoeffizienten, dessen Interpretation voraussetzt, dass das Modell einer linearen Beziehung zwischen zwei Variablen den Daten angemessen ist. Der Nachweis, dass es keine nicht-linearen Beziehungen zwischen den beiden Variablen gibt, stellt die Modellgeltungsprüfung dar, und der Korrelationskoeffizient ist der Schätzer für den unbekannten linearen Assoziationsparameter einer bivariaten Verteilung.

Spricht man von Methoden, so stellt die Prüfung der Voraussetzungen für die Anwendung dieser Methoden die eigentliche Modellgeltungskontrolle dar (z. B. die Prüfung der Voraussetzungen für eine Varianzanalyse). Die Anwendung der Methode selbst entspricht der Schätzung der Modellparameter und ihrer inferenz-statistischen Absicherung.

Spricht man von Modellen, so befasst man sich hauptsächlich mit der Frage, inwieweit die mit dem jeweiligen Modell verbundene Methode überhaupt auf die Daten anwendbar ist, also mit Fragen der Modellgeltungskontrolle. Die Schätzung der Modellparameter und

deren inferenz-statistische Absicherung ist dann eher ein Anhängsel, das bei Modellgeltung trivial ist. Man spricht vom model-based approach, also vom modellbasierten Zugang zu den Daten, wobei das Gegenstück keinen so schönen Namen hat und allenfalls als „werkzeugorientierter" Zugang bezeichnet werden kann.

Gibt es neben dieser unterschiedlichen Perspektive einen substanziellen Unterschied zwischen modellbasierter und werkzeugorientierter Analyse von Daten? Nein, es gibt keinen Unterschied. Es gibt nur einen Unterschied im Selbstverständnis. Der Methodenspezialist suggeriert, er habe für jedes Problem die richtige Methode, das richtige Werkzeug. Das Beherrschen dieses Werkzeugarsenals verleiht dem Methodiker die Macht, die Daten derjenigen auszuwerten, die nicht recht wissen, was sie mit ihren Daten tun sollen.

Ganz anders der Modellspezialist. Er kann mit Daten überhaupt nichts anfangen, wenn ihm nicht gesagt wird, was an den Daten modelliert werden soll. Er ist darauf angewiesen, dass man ihm sagt, welche Variable mit welcher anderen interagieren soll, welche Variable als zeitstabil gilt, welche latenten Variablen es geben soll, ob die Messfehler voneinander unabhängig sind usw.

Mag die Kennzeichnung von Datenanalysen als Anwendung von Methoden oder als Konstruktion von Modellen auch dem Zeitgeist unterliegen, so ist mit dem modellbasierten Zugang eine Vielzahl neuer Modelle und somit neuer Methoden entstanden. Strukturgleichungsmodelle, loglineare-Modelle, Item-response-Modelle sind Begriffe für ganze Klassen und Familien von statistischen Analysemodellen, die auf die jeweiligen Fragestellungen zugeschnittene „Methoden" bereit stellen. Methoden der Datenanalyse werden zunehmend zu Methoden der Modellspezifikation und der Modellgeltungskontrolle.

5. Quantifizieren vs. Klassifizieren

Dass die Quantifizierung ein Merkmal jeder Wissenschaft ist, der Naturwissenschaften wie der Sozialwissenschaften, scheint common sense zu sein. Das Credo der Messtheoretiker „Whatever exists, it exists in some quantity" ziert so manches Methoden-Lehrbuch, ungeachtet seiner positivistischen Konnotation. Das Gegenstück zur Quantifizierung ist nicht selbst-evident. Vom linguistischen Standpunkt aus betrachtet, wäre es vielleicht die „Qualifizierung", aber das ist nicht gemeint.

In der Überschrift dieses Abschnitts ist das Klassifizieren als Gegenstück zum Quantifizieren benannt. Diese Logik lässt sich an den Skalentypen von Stevens festmachen, bei denen alles oberhalb der Nominalskala, also Ordinal-, Intervall- und Verhältnissskala etwas mit Quantifizieren zu tun hat. Nur die Messung auf Nominalskalenniveau beinhaltet keine Quantifizierung, sondern ist eben Klassifikation.

Sind die quantitativen Skalen in der Steven'schen Hierarchie auch die höherwertigen, so sind doch formale Modelle zur Klassifikation allgemeiner als Modelle zur Quantifizierung. Quantifizierung ist ein Spezialfall von Klassifizierung, aber nicht umgekehrt. Dieser Sachverhalt lässt sich intuitiv nachvollziehen, wenn man bedenkt, dass die Klassen, in die eine Menge von Objekten eingeteilt ist, eine bestimmte Struktur haben müssen, um sie als Abstufungen einer quantitativen Dimension interpretieren zu können. Er lässt sich auch formal belegen, z. B. dadurch, dass sich das Rasch-Modell als latent-class-Modell darstellen lässt, aber nicht jedes latent-class-Modell als Rasch-Modell (Lindsay, Clogg & Grego 1990).

Als (klassifikatorisches) Pendant zum (quantitativen) Credo der Messtheoretiker kann der Titel eines Zeitschriftenartikels von Gangestad & Snyder (1985) herhalten, der da heißt: „To carve nature at its joints". Die Metapher hebt darauf ab, dass jedes Kontinuum seine Nahtstellen hat, und dass es insbesondere bei den Kontinua, die Messtheoretiker benutzen, sinnvoller sein kann, nach den Nahtstellen zu schauen, an denen ein Qualitätswechsel anstelle eines quantitativen Anstiegs stattfindet.

Auch die Modeströmung des Klassifizierens, wenn es denn eine ist, hat zur Weiterentwicklung der Methoden sozialwissenschaftlicher Forschung geführt. Hier sind neben den schon „klassisch" zu nennenden Clusteranalysen insbesondere die Modelle auf der Grundlage von Lazarsfelds latent class analysis (Lazarsfeld & Henry 1968) zu nennen, aber auch ganz allgemein diskrete Mischverteilungsmodelle (Rost & Erdfelder 1996).

6. Effektstärke vs. statistische Signifikanz

Als Gegenstück zur statistischen Signifikanz wird oft die psychologische Signifikanz genannt, womit genau das gemeint ist, was Effektstärkemaße bieten, nämlich eine inhaltliche Beurteilung der Größe eines Effekts oder eines Zusammenhangs. Es gibt immer wieder Modeströmungen, die das eine statt des anderen fordern, oder die Frage aufwerfen, was das Wichtigere sei (Sedlmeier 1996). Diese Diskussionen sind in gewisser Weise müßig, denn nichts hindert einen daran, in Veröffentlichungen neben der statistischen Signifikanz auch die Effektstärken anzugeben.

Aber auch hier hat die (modebedingte?) Beschäftigung mit dem Thema zu wichtigen neuen Perspektiven geführt. In der Tat hat die Inferenzstatistik heute ernsthaftere Probleme als die Frage, ob sie sich durch Maße der Effektstärke ablösen lassen sollte. Da ist zunächst die „Vertauschung" von statistischer Null- und Alternativ-Hypothese. Während in der klassischen Inferenzstatistik nach Neyman und Pearson in der Nullhypothese für gewöhnlich das Modell spezifiziert ist, das man laut der wissenschaftlichen Theorie nicht erwartet und daher gern verwerfen möchte (z. B. die Gleichheit von Mittelwerten oder ein

fehlender linearer Zusammenhang), steht bei „modernen“ Modellgeltungskontrollen das interessierende Modell in der Null-Hypothese. Diese Vertauschung hat Implikationen auf die Festlegung und Kontrolle des Alpha- und Beta-Fehlers (Erdfelder 1984).

Ein damit zusammenhängendes Problem betrifft den Stichprobenumfang, von dem der Ausgang einer Signifikanzprüfung maßgeblich abhängt. Ein Modell an die Daten anzupassen, d.h. seine Geltung für einen gegebenen Datensatz nachzuweisen, ist bei kleinem Stichprobenumfang sehr leicht möglich, bei sehr großem N dagegen fast unmöglich, da die kleinste Modellabweichung zur Ablehnung des in der statistischen Nullhypothese spezifizierten Modells führt. Das führt zu der paradoxen Situation, dass man z. B. in large scale assessment-Studien die Geltung des Messmodells oft nur anhand einer Teilmenge der zur Verfügung stehenden Daten prüft, um das gewünschte Modell beibehalten zu können (Rost 1999).

Schließlich stellt sich angesichts der Inflation möglicher Modellspezifikationen die Frage, was ein Modellgeltungstest überhaupt noch besagt. Zu jedem Modell, das erfolgreich an die Daten angepasst wurde, lassen sich mehrere Modelle formulieren, die ebenfalls auf die Daten passen. Das gilt für lineare Strukturgleichungsmodelle ebenso wie für log-lineare Modelle oder Item-response Modelle. Eine gelungene inferenzstatistische Absicherung besagt lediglich, dass man ein Modell gefunden hat, das auf die Daten passt. Das erfreuliche an dieser Entwicklung besteht darin, dass den prä-experimentellen Hypothesen wieder eine größere Bedeutung zukommt.

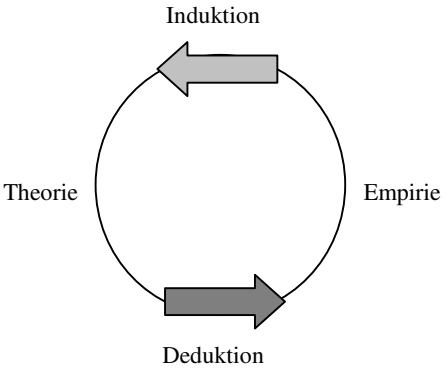
7. Quantitative vs. qualitative Forschung

Bei dieser Dichotomie ist es wohl unstrittig, was derzeit Mode ist: Qualitative Forschung ist angesagt, quantitative Forschung ist out. Dabei lässt sich qualitative Forschung als eine Forschungskonzeption definieren, bei der

- der Erhebung und Verarbeitung kategorialer Daten ein großes Gewicht zukommt,
- die Datenanalyse eher auf deskriptive als auf explikative Ergebnisse abzielt,
- man der Entwicklung neuer Werkzeuge große Aufmerksamkeit widmet, z. B. für die Analyse verbaler Daten oder von Video-Protokollen,
- man lieber klassifiziert als quantifiziert,
- die valide Operationalisierung von Variablen wichtiger ist als ihre messtheoretische Absicherung
- und die Analyse von Effektstärken die Priorität vor der inferenzstatistischen Absicherung von Ergebnissen hat.

Diese Charakterisierung nimmt Bezug auf die sechs zuvor genannten Dichotomien und suggeriert damit, dass qualitative Forschung nichts anderes sei, als eine Aneinanderreihung von Modetrends. Auch wenn das viele Kritiker der qualitativen Forschung meinen, soll dies nicht die Botschaft des vorliegenden Beitrags sein. In der Tat tun sich Vertreter der qualitativen Forschung schwer zu definieren, was denn qualitative Forschung ist (s. Rost 1998). Eine solche Definition kann sicherlich nicht durch Aufzählung erfolgen, sondern muss auf der Ebene der Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie anfangen.

Erkenntnisfortschritt durch die empirischen Wissenschaften lässt sich als Wechselspiel von Theorie und Empirie begreifen, wobei man den Weg von theoretischen Konstruktionen zur empirischen Beobachtung als Deduktion, den umgekehrten Weg von der Empirie zur Theorie als Induktion bezeichnet. Wissenschaftlicher Fortschritt lässt sich somit durch ein Kreismodell charakterisieren, in dem sich Deduktionen aus Theorien und Induktionen aus empirischen Beobachtungen abwechseln.



Das Schöne an diesem Kreismodell ist, dass sich der philosophische Streit zwischen Empirismus und Rationalismus, was denn zuerst da gewesen ist, die Theorie oder die Beobachtung, als die unbeantwortbare Frage nach der Henne und dem Ei entlarvt. Um den Erkenntnisfortschritt deutlich werden zu lassen, wird dieses Kreismodell in der Regel zu einem Spiralmodell erweitert (Rost 2000b).

Popper (1972) behandelt in seinem Konzept des kritischen Rationalismus ausführlich den Prozess der empirischen Überprüfung einer Theorie, indem aus der Theorie Hypothesen abgeleitet werden und aufgrund empirischer Beobachtung auf den Wahrheitsgehalt der Theorie zurück geschlossen wird. Die Frage, wie man zu seinen Theorien kommt, klammert er ausdrücklich aus dem Gegenstandsbereich der Wissenschaftstheorie aus. Der

induktive Schritt von der Empirie zur Theorie besteht nach Popper nur in der Entscheidung, ob die Beobachtung der Theorie widerspricht oder nicht. Diesem Schritt entspricht in den Sozialwissenschaften die inferenzstatistische Entscheidung über die Beibehaltung der Nullhypothese.

Während man einen großen Aufwand betreibt, aus Theorien prüfbare Hypothesen abzuleiten und diese empirische Prüfung auch durchführt, ist der Schritt von der Empirie zur Theorie vergleichsweise dürftig: Besteht er doch nur in der Absicherung einer binären Entscheidung über den Wahrheitsgehalt der Theorie. Das Kreismodell weist eine von Popper durchaus gewollte und in den (quantitativen) Sozialwissenschaften praktizierte Asymmetrie hinsichtlich der deduktiven und der induktiven Prozesse auf.

Dieses Ungleichgewicht scheint mir der Gegenstand der (berechtigten) Kritik an „quantitativer Forschung“ und somit Ausgangspunkt der „Bewegung“ der qualitativen Forschung zu sein. Zu der Frage „Wie kommt man von informationsreichen Daten zu brauchbaren Theorien“ hat die sozialwissenschaftliche Methodenlehre tatsächlich wenig zu bieten. Wenn die Beseitigung dieses Defizits das Anliegen der Entwicklung „qualitativer Methoden“ ist, dann wird auch aus dieser Modeströmung eine wichtige und bleibende Erweiterung unseres Methodenarsenals hervorgehen.

Literatur

Andreß, H.-J./Hagenaars, J.A./Kühnel, S., 1997: Analyse von Tabellen und kategorialen Daten: log-lineare Modelle, latente Klassenanalyse, logistische Regression und GSK-Ansatz. Berlin: Springer-Verlag.

Eid, M., 1995: Modelle der Messung von Personen in Situationen. Weinheim: Beltz, Psychologie-Verlags Union.

Erdfelder, E., 1984: Zur Bedeutung und Kontrolle des ß-Fehlers bei der inferenzstatistischen Prüfung log-linearer Modelle. Zeitschrift für Sozialpsychologie 15: 18-32.

Feger, H., 1994: Structure Analysis of Co - occurrence Data. Aachen: Shaker.

Fischer, G.H./Molenaar, I.W., 1995: Rasch models - Foundations, recent developments and applications. New York: Springer.

Gangestad, S./Snyder, M., 1985: "To carve nature at its joints": On the existence of discrete classes in Personality. Psychological Review 92, 3: 317-349.

Krauth, J./Lienert, G.A., 1973: Die Konfigurationsfrequenzanalyse (KFA) und ihre Anwendung in Psychologie und Medizin. Freiburg: Alber.

Langeheine, R., 1980: Log-lineare Modelle zur multivariaten Analyse qualitativer Daten. München: R. Oldenbourg Verlag.

Lazarsfeld, P.F./Henry, N.W., 1968: Latent structure analysis. Boston: Houghton Mifflin Co.

Lindsay, B./Clogg, C.C./Grego, J., 1991: Semiparametric estimation in the Rasch model and related exponential response models, including a simple latent class model for item analysis. Journal of the America Statistical Association 86: 96-107.

Popper, K.R., 1972: Logik der Forschung. Tübingen: J.C.B. Mohr.

Rost, J., 1996: Lehrbuch Testtheorie - Testkonstruktion. Bern: Huber.

Rost, J., 1998: Drei Thesen zum Konzept qualitativer Forschungsmethoden. Zeitschrift für Didaktik der Naturwissenschaften 4: 35-42.

Rost, J., 1999: Was ist aus dem Rasch-Modell geworden? Psychologische Rundschau 50: 140-156.

Rost, J., 2000a: Allgemeine Standards der Evaluationsforschung. S. 129-140 in: W. Hager/H. Brezing/J.-L. Patry (Hrsg.), Handbuch Evaluation psychologischer Interventionsmaßnahmen Standards und Kriterien. Bern: Huber.

Rost, J., 2000b: The growing family of Rasch models. S. 2-42 in: A. Boomsma/M. van Duijn/T. Snijders (Hrsg.), Essays on item response theory. New York: Springer.

Rost, J., 2002a: When personality questionnaires fail to be unidimensional. Psychologische Beiträge 44: 108-125.

Rost, J., 2002b: Qualitative und Quantitative Methoden in der fachdidaktischen Forschung. S. 71-90 in: K. Spreckelsen/K. Möller/A. Hartinger (Hrsg.), Ansätze und Methoden empirischer Forschung zum Sachunterricht. Bad Heilbrunn/Obb.: Klinkhardt.

Rost, J.E./Erdfelder, E., 1996: Mischverteilungsmodelle. S. 333-348 in: E. Erdfelder/T. Meiser/G. Rudinger/R. Mansfeld (Hrsg.), Handbuch quantitative Methoden. München: PVU.

Rubin, D.B., 1974: Estimating causal effects of treatments in randomized and nonrandomized studies. Journal of Educational Psychology 63: 688-701.

Sedlmeier, P., 1996: Jenseits des Signifikanztest-Rituals: Ergänzungen und Alternativen. Methods of Psychological Research Online (MPR-online) 1: 45-68.

Steyer, R., 1992: Theorie kausaler Regressionsmodelle (Theory of causal regression models). Stuttgart: Gustav Fischer.

Steyer, R./Eid, M., 1993: Messen und Testen. Berlin: Springer-Verlag.

Steyer, R./Gabler, S./von Davier, A.A./Nachtigall, C./Buhl, T., 2000: Causal Regression Models I: Individual and Average Causal Effects. Methods of Psychological Research Online (MPR-oneline), www.mpr-online.de 5: 39-70.

LAUDATIO AUF HANSGERT PEISERT, MAX KAASE UND WALTER MÜLLER

ERWIN K. SCHEUCH

Jahreszahlen zur Abgrenzung von „Phasen“ beinhalten immer ein Element der Willkür. Sie verunklaren Vorlaufzeiten und insbesondere das Weiterwirken von Entwicklungssträngen nach dem behaupteten Phasenende. In meinem Fall sind gleich zwei zeitliche Abgrenzungen zu entscheiden. Da ist einmal das Jahr 1987 zu nennen. Der 23. April 1987 war der Tag der Gründungsfeier von GESIS im Musiksaal der Universität zu Köln. Damit fand eine 23 Jahre währende Entwicklung ihr glückliches Ende. Da andere Laudatoren diese Entwicklung nicht so nahe miterlebten, sollte ich dieses in meine Überlegungen mit einbeziehen. Andererseits gibt es intellektuelle Gründe, mit meinem Mit-Laudator eine Berichtsteilung Mitte der siebziger Jahre zu verabreden. Dies ist angezeigt, wenn es darum geht, den intellektuellen Hintergrund und die Themen der drei hier und heute zu lobenden Mitglieder von ZUMA zu kennzeichnen.

1.

Es lassen sich Gründe anführen, die Zeit um 1975 als einen Einschnitt in der Nachkriegsentwicklung der Soziologie zu verstehen. Ungefähr um 1975 erreichte das Interesse an der Soziologie unter Studierenden und in den Feuilletons deutscher Zeitungen einen Höhepunkt. Damals hatten an die 10.000 Studierende dieses Fach gewählt.

Etwa um diesen Zeitpunkt erreichte auch die rasche Vermehrung der Universitätslehrer der Soziologie ein Plateau. Mitte der siebziger Jahre wandte sich das Interesse der Feuilleton-Redakteure weg von der Soziologie insgesamt hin zu speziellen Ausprägungen und zu anderen Disziplinen. Werden Soziologentage als Indiz gewählt, so signalisiert der Soziologentag in Kassel 1974: die Soziologie auf dem Wege, zum Vor- und zum Nachteil des Fachs professionalisiert zu werden – oder um einen Begriff von Kuhn zu benutzen: Sie war dabei, in die Phase der „normal science“ (Lepsius 1976) einzutreten.

Wieso können wir innerhalb des Zeitraums von etwa 1953 bis 1975 von einem Generationenwechsel als Perspektive sprechen? Der Älteste von Ihnen, Hansgert Peisert, ist gleich-

altrig mit mir, aber nur sieben Jahre älter als Max Kaase mit seinen 67 Jahren, und dieser wiederum ist nur sieben Jahre älter als der jüngste der drei Kollegen, nämlich Walter Müller mit gerade einmal 60 Jahren. Und dennoch war die Thematisierung eines Generationenwechsels durch die Programmplaner dieser Verabschiedung sinnvoll; auch ich sehe einen Teil der Tätigkeit der jetzt zu verabschiedenden Kollegen in dieser Perspektive. Denn in der Zeit zwischen 1945 und 1975 wechselte die Situation des Faches und dessen intellektuelle Entwicklung verschiedentlich so rasch wie seither nicht mehr. Da waren sieben Jahre tatsächlich schon eine Art Generationsunterschied.

Nach 1945, in etwa ab 1973, begann mit den Jungtürken Rainer M. Lepsius, Ralf Dahrendorf, Renate Mayntz und auch Hansgert Peisert eine Phase, in der sie die empirisch orientierte, amerikanisch beeinflusste Soziologie entdeckten. Sozialforschung in Deutschland, auch quantitative Untersuchungen, begann schon ab dem Winter 1944/45 durch Kollegen aus anderen Ländern, vornehmlich Amerikaner. Zum Teil erhielt das den Charakter von Demonstrationsprojekten wie in der Darmstadt-Studie. Ähnlich wie in der Belletristik stürzten wir als Jungtürken uns auf die jetzt zugänglich werdende Literatur, die von uns wie im Zeitraffer erlebt wurde. So wurde sie auch in ihrer Vorbildlichkeit überschätzt, weil eben hier eine Entwicklung seit den zwanziger Jahren von uns in nur wenigen Jahren aufgearbeitet wurde.

Die von diesen Vorbildern angeregte quantitative empirische Forschung durch uns Jungtürken und die Marktforschung hatte in den fünfziger Jahren den Charakter von Pionierunternehmen. Wir mussten zusätzlich zum Auslandsstudium damals alle mehr oder weniger Autodidakten sein. Damals erschienen die ersten Lehrbücher. Helmut Schelsky war unter den etablierten Soziologen der erste, dessen empirische Untersuchungen in Buchform die allgemeine Beachtung in der Öffentlichkeit fanden.

Nach dieser Pionierzeit der fünfziger Jahre können die sechziger Jahre als eine erste Phase der Konsolidierung verstanden werden. Hier gab es die ersten Habilitationen im Fach Soziologie, so auch die von Hansgert Peisert. 1960 wurde als erster Ralf Dahrendorf Professor für Soziologie an einer deutschen Hochschule.

Die ersten Studienabschlüsse für Soziologie waren eingerichtet – zuerst in Köln als „Diplom-Volkswirt sozialwissenschaftlicher Richtung“. 1966 erschien das Standardwerk für die quantitative Sozialforschung, das von René König herausgegebene „Handbuch der empirischen Sozialforschung“.

Dann beginnt mit dem Frankfurter Soziologentag 1968 zwar nicht die Kontroverse um den Charakter der Soziologie; die ist älter. Sie beginnt 1961 mit dem von Adorno ausgelösten sogenannten Positivismusstreit (Adorno 1969a). Auf diesem Frankfurter Soziolo-

gentag wird dann der Soziologie, die eine Profession wie andere auch sein will, das Programm einer emanzipatorischen Sozialwissenschaft entgegengesetzt (Adorno 1969b). Der Streit wird sofort in der intellektuellen Öffentlichkeit aufgegriffen. Die Soziologie insbesondere in ihrer emanzipatorischen Version wird zum Mittelpunkt der Zeitdeutung in intellektuellen Kreisen, und die Zahl der Studenten explodiert.

Eine entscheidende Veränderung ist die vorübergehende Einführung der Soziologie als Fach in den höheren Schulen. Das öffnet Karrierechancen für Studenten. Das erzwingt aber auch eine Aufbereitung der Soziologie zu abfragbarem Wissen.[1]

Und nicht zuletzt erfordert dies mehr Professuren. In der Zeit zwischen 1968 und 1975 wird die Zahl der Professorenstellen um das Vierfache erhöht. Intellektuell hat sich das Fach bis heute davon nicht erholt; denn auf die Institutionalisierung als Massenfach war unsere Disziplin weder personell noch intellektuell vorbereitet.

2.

Vor diesem Hintergrund der hier unterschiedenen drei Phasen vor der Etablierung des Fachs als normales Universitätsfach möchte ich die früheren Arbeiten unserer drei mit ZUMA über lange Zeit hinweg eng verbundenen Kollegen behandeln.

Hansgert Peisert wurde uns allen in erster Linie als Bildungsforscher bekannt. Selbstverständlich lässt sich das Wirken unseres Kollegen nicht auf dieses Thema reduzieren. Hansgert Peisert hat sich auch um Stadt- und Landesplanung verdient gemacht (Peisert 1964: 186-215). Mir selbst ist er zunächst bei der Entwicklung einer auswärtigen Kulturpolitik begegnet (Peisert 1977: 137-160). Diese eingeengte Aufmerksamkeit ist Folge meiner Abneigung gegen Themen der Pädagogik. Andererseits war ich fasziniert von der Idee, dass es so etwas wie auswärtige Kulturpolitik geben sollte.

Die unter Willy Brandt einmal als vierte Säule proklamierte Thematik ist inzwischen in der Politik nur noch ein Topos bei der Frage, wie Budgets am wirksamsten beschnitten werden können. Intellektuell ist sie folgenlos geworden. Das jedoch trifft auf die Thematik Bildungspolitik ganz und gar nicht zu.

Im Jahre 1968 wird erstmals die systematische Erhebung der Forschungsthemen publiziert (Herz, Stegemann 1969: 433ff). Zuvor wurde sie vom Zentralarchiv für empirische Sozi-

---

1 Diese „Verschulung“ des Faches war die Angstvorstellung, aus der heraus die Deusche Gesellschaft für Soziologie bis in die sechziger Jahre hinein die Einrichtung eines eigenen Studienganges und eines Studienabschlusses für Soziologie bekämpfte.

alforschung nur für den internen Gebrauch durchgeführt. 1968 wurde hierfür eine eigene Arbeitsgemeinschaft gegründet, die ab dieser Publikation als das häufigste Thema Bildungsforschung ermittelte – vor Beruf und Familie. Diese Rangfolge der Themen ist auch in den folgenden Jahren bei den Auszählungen der Erhebung des IZ zu beobachten, die zunehmend technisch verlässlicher werden.

Innerhalb dieser in der Forschung vorrangigen Thematik folgt Hansgert Peisert einer besonderen Tradition in der empirischen Soziologie. 1961 beginnt Peisert eine Untersuchung über Begabungsreserven und Bildungschancen, die er 1967 in seinem Werk „Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland" vorlegt. Dort heißt es: „In den verschiedenen Studien orientierte ich mich an einer Tradition empirischer Sozialforschung, die Gefahr läuft, in Deutschland musealen Charakter anzunehmen." (Peisert 1967: 7)

Er zitiert hierbei als diejenigen, die ihn in seiner Vorgehensweise mitbestimmt haben, Emile Durkheim, Max Weber und vor allem Theodor Geiger. Diesen allen ist gemein, dass sie amtliche Statistiken unter eigenen Perspektiven systematisch auswerteten. Sehr zu Recht bemerkt dabei Peisert, dass früher die amtliche Statistik wahrscheinlich ungenauer als heute war, dafür aber sehr viel informativer.

Ich darf als Erklärung für diese zutreffende Beobachtung hinzufügen, dass früher eben die Obrigkeiten sich umfassender als zuständig für das Geschehen in ihren Staaten verstanden als heute. So konnte man in amtlichen Statistiken und Berichten auch finden, wie häufig es zu Kirmesschlägereien kam oder zur Auseinandersetzung von Herrschaften mit ihren Dienstboten. Theodor Geiger zeigte gegen Ende der Weimarer Republik, wie sehr man auch heute noch aus amtlichen Daten gehaltvolle Informationen für Strukturanalysen der Soziologie gewinnen kann (Geiger 1932). Hansgert Peisert wies nach, dass das auch für die Thematik der Bildung gilt.

Die Umfrageforschung wird von Peisert als Teil einer Entwicklung der neueren Soziologie hin zu eher sozialpsychologischen Erklärungen sozialer Sachverhalte gesehen. Peisert aber fühlt sich der Tradition Durkheims und auch übrigens René Königs verpflichtet, Soziales aus Sozialem zu erklären (Peisert 1967: 8).

Ein besonderer Erkenntnisgewinn der Vorgehensweise von Peisert in der Bildungsforschung folgt aus der Lokalisierung sozialer Tatbestände. Gesellschaften wirken kleinräumig, wie wir aus der späteren, leider nur gelegentlichen Analyse der Mesoebene unserer Gesellschaften erkennen können. Allerdings beschränkt sich Peisert keineswegs auf die Auswertung amtlicher Statistik, sondern zieht zur Analyse unterschiedlicher Bildungschancen auch andere Datenquellen hinzu, nicht zuletzt Befragungen. Anders als bei vielen der heutigen Sozialwissenschaftlern, die sich in erster Linie an Umfragen orientieren,

wird in den Untersuchungen von Peisert auch der objektive Rahmen erkennbar, auf den Personen auf ihre Weise reagieren (Peisert, Wunberg 1970: 17-23).

In einer wissenschaftssoziologischen Schrift charakterisiert Peisert, dass der „überdurchschnittliche empirische Zug" der deutschen Soziologie Gruppenarbeit erfordert, die in der akademischen Sozialforschung in erster Linie auf der Arbeit von Assistenten beruht (Peisert 1966: 681ff). Das ist selbstverständlich eine ungenügende Institutionalisierung. Sie beeinträchtigt die kumulative Wirkung der bei diesen Untersuchungen ermittelten Informationen. Aus dieser Beobachtung heraus fordert Peisert die Etatisierung von Forschungsstellen, die dann auch die Weitergabe von Kenntnissen in eher technischen Aspekten der Forschung zur Folge haben würde.

Hansgert Peisert war von Anbeginn bei ZUMA engagiert, und das mag zunächst einmal bei einem Bildungsforscher verblüffen. Aber Peisert war schon zu Beginn ein Befürworter der neuen technischen Möglichkeiten als Teil der Sozialforschung. Hier war ja ZUMA eine Einrichtung, mit der dieses Interesse auf Dauer gestellt werden konnte. Bereits 1960 sprach sich Peisert für das Nutzen elektronischer Rechenanlagen zur Aufbereitung des empirischen Materials aus, obgleich damals dieser Einsatz doch sehr umständlich war (Koch, Peisert 1960: 459-472). Damals musste nämlich noch in Maschinensprache programmiert werden, wobei die Kontinuität in der Existenz einer Forschergruppe noch am ehesten die Chance eröffnete, vorliegende Programmiergruppen zu einem Programmierablauf zu kombinieren. Damals war für die Analyse die Berechnung von Chi-Quadrat bereits ein ungewöhnlich großer Schritt zum Nutzen der mathematischen Statistik.

3.

Wer sich unter den damaligen Bedingungen an solche Analyseschritte wagte, der musste selbstverständlich fasziniert sein von den Möglichkeiten, die sich dann bei der Gründung von ZUMA 1973 als Hilfseinrichtung der Forschung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) stellten.

Hilfseinrichtung der DFG bedeutete allerdings eine zeitliche Befristung der Existenz und erforderte eine immer neue Initiative zum Einwerben von Mitteln, was wiederum den Wunsch zur Folge hatte, die Existenz zu verstetigen. Ab 1975 begannen die Planungen, in den existierenden Einrichtungen Informations-Zentrum, Zentralarchiv und ZUMA eine Infrastruktur für die Sozialforschung zu sehen, wobei es allerdings noch bis 1987 dauerte, diese Wünsche umzusetzen in die Gründung von GESIS als Verbund der drei erwähnten Institutionen.

Heute ist für die jüngere Generation von Sozialwissenschaftlern der GESIS-Verbund mit seinen drei selbständigen Instituten eine Selbstverständlichkeit. Dieses entwickelte sich aber erst zwischen 1975 und 1987, und das war zunächst keineswegs selbstverständlich; eine andere Entwicklung war naheliegender. Anfang der siebziger Jahre entstand die Konzeption der Fachinformationssysteme. Mit diesen sollten die Kenntnisse der Forschung unmittelbar nutzbar werden für die Entscheidungsprozesse in den Ministerien. Parallel zu den jeweiligen Ministerien sollten Fachinformationssysteme entstehen. Für die Sozialwissenschaften war das Fachinformationssystem 13 vorgesehen. Max Kaase war ein Mitstreiter bei der Abwehr, die empirischen Wissenschaften auf eine solche Weise administrativ zu vereinnahmen.

Mitte der siebziger Jahre wurde die Eignung der empirischen Sozialforschung, nützlich beim Umbau der Gesellschaft in einem eher technokratischen Sinn zu sein, tendenziell überschätzt. Horst Ehmke wollte die Sozialforschung zu diesem Zweck umsteuern.

Beispielhaft hierfür war das Förderprogramm „Humanisierung der Arbeitswelt", das Ausloben von Forschungsvorhaben – also statt „grants" „contracts" – und das Wissenschaftszentrum Berlin. Das sollte nicht nur im Schwerpunkt der Politikberatung dienen, sondern auch Träger von Forschungsförderung werden. Diese Situation zwang zunächst das IZ und das ZA zu verstärkter Reflexion über ihren besonderen Charakter in der Forschungswelt.

Die beiden extremen Gegensätze in der Förderung von Sozialforschung sind das französische Modell der Konzentration in einigen wenigen Großforschungsstellen – mit einem nahezu Monopol im C.N.R.S. – und andererseits das projektweise Förderungssystem in England. In Deutschland hatten wir mit wenigen Ausnahmen wie das IAB und die Sozialforschungsstelle (damals Dortmund) viele kleine Universitätsinstitute sowie Projektförderung durch verschiedene Institutionen. Der Vorteil des Systems in Deutschland war u. E. einerseits, die Reibungsverluste in Großforschungseinrichtungen zu vermeiden und zugleich zu sichern, dass der Empfänger von Forschungsgeldern Sachkunde für das geförderte Thema besaß. Der Nachteil des Systems in Deutschland war eine meist ungenügende Praxis und ein mangelndes Wissen in den handwerklichen Bereichen von Empirie sowie die kaum zu leistende Anforderung, gleichzeitig methodisch und sachlich Spitze zu sein. Das müsse aber – so erkannten wir damals – durch Infrastruktureinrichtungen auszugleichen sein.

1978 leitete Ekkehard Mochmann den ersten unserer Vorschläge, IZ und ZA als Infrastruktureinrichtungen zu verstehen, an das Land Nordrhein-Westfalen. [2] Jetzt wurde noch

---

2 Zur Entwicklung zwischen 1976 bis 1987 siehe Mochmann, Scheuch 1987.

ZUMA in diese Überlegungen mit einbezogen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft richtete eine Planungsgruppe ein, für die das Acronym „SODASS“ gefunden wurde. Daraus wurde dann später SOFIDASS, bis es dann schließlich den Instituten gelang, in die „Blaue Liste“ der Dauerförderung im Bund-Länder-Verbund aufgenommen zu werden. Aus der Zusammenfassung von ZA, IZ und ZUMA zu einem Verbund entstand nach zehnjährigem Bemühen GESIS. Die Vorarbeiten hierzu von Peter Flora, Max Kaase, Ekkehard Mochmann und Wolfgang Zapf waren durch Heinrich Best koordiniert worden. Aber auch Karl-Ulrich Mayer hatte als vorübergehender Geschäftsführer von ZUMA Anteil an dem erfolgreichen Unternehmen.

Gerade zu Beginn war die Wünschbarkeit einer Infrastruktur für empirische Sozialforschung schwierig durchzusetzen. Die Sozialwissenschaften waren in verschiedene, einander weltanschaulich feindlich gesonnene Lager zerfallen. Ein erheblicher Teil der Sozialwissenschaftler – sowohl Studenten wie auch Lehrkräfte – verstand die Soziologie als Lehre gegen die bürgerliche Gesellschaft. Die kritische Theorie, so die schmückende Selbstkennzeichnung, war sogar ausgesprochen empiriefeindlich, weil durch Empirie der utopische Schwung gebremst wurde. Diese Lehre wollte eine Verselbständigung gegenüber den Tatsachen, die als Hemmnis gegenüber einer emanzipatorischen Utopie gesehen wurden.

Das galt ganz besonders in der Bildungsforschung der damaligen Zeit, und hier war Hansgert Peisert mit seiner Einbindung in ZUMA ein wichtiges Argument in unserer Überzeugungsarbeit.

4.

Erlauben Sie mir einen Sprung in der Chronologie als Gliederungsprinzip. An sich müsste ich jetzt sieben Jahre zurückgehen und würde dann über Max Kaase zu berichten haben. Statt dessen gehe ich weitere sieben Jahre zurück hin zu Walter Müller, weil von der Thematik her und auch in der Wahl der bevorzugten Vorgehensweise die Nähe zu Hansgert Peisert größer ist. Walter Müller lernte ich zuerst kennen als eine Hälfte des Dioskurenpaars Mayer-Müller oder Müller-Mayer. Erst zu einem späteren als dem von mir betrachteten Zeitraum verselbständigte sich Karl-Ulrich Mayer zum Mitdirektor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin, und Walter Müller wurde Leiter einer selbständigen Abteilung in ZUMA, des Zentrums für Mikrodaten.

Seine frühen Schriften erscheinen gegen Ende des von mir gewählten Betrachtungszeitraums, der mit seiner Tätigkeit an der Universität Konstanz fast zusammenfällt. 1974 nimmt dann Walter Müller mit teil an dem SPES-Projekt von Hans Alberts, und danach leitet er solch bedeutende große Forschungsprojekte wie VASMA ab 1979 (Vergleichende

Analyse der Sozialstruktur mit Massendaten) und ab 1983 das Projekt CASMIN (Comparative Analysis of Social Mobility in Industrial Nations).

Die größte Bedeutung für die spätere GESIS haben die Arbeiten von Walter Müller für das Aufschließen der Daten des Mikrozensus für die Sozialforschung. Voraussetzung dafür waren seine empirischen Untersuchungen über Grenzen der Anonymisierbarkeit bei quantitativen Auswertungen des Mikrozensus. Erst durch seinen Nachweis der Grenzen der „faktischen Anonymität" wird diese große Datenquelle für die Sozialforschung zugänglich. Durch Walter Müller bleiben fortan die Daten der amtlichen Statistik eine wichtige Datenquelle für die empirische Forschung in Ergänzung der durch Sozialforscher selbst gesammelten Daten.

Bereits während seiner Tätigkeit in Konstanz betont Walter Müller die Bedeutung des Kontextes für den Lebenserfolg von Personen. Das Standardmodell zur Erklärung des Berufserfolgs von Blau und Duncan ist nach Müller zu individualistisch, und der Einfluss der Schulbildung unabhängig von der sozialen Herkunft wird von ihm mit nur einem Drittel der Varianz beim Berufserfolg ermittelt. Nachdrücklich warnt Walter Müller vor einer Überschätzung der Schulbildung als Mittel des Ausgleichs unterschiedlicher Chancen für den Berufserfolg (Müller 1975). Auch deshalb ist für Walter Müller eine Ergänzung der Sozialforschung auf der Basis von Umfragen und anderen Datenquellen notwendig. Die Würdigung der anschließenden großen Forschungsprojekte und des weiteren Beitrags als Mitglied von ZUMA muss ich aber meinen Nachrednern überlassen.

5.

Nach der Art seines Vorgehens und in der Themenwahl wie auch mit der Länge unserer Bekanntschaft steht mir verständlicherweise Max Kaase besonders nahe. Max Kaase kam nach seinem Volkswirtschaftsstudium als Promovend der politischen Wissenschaft zur empirischen Sozialforschung. Damals begegneten sich in Köln Rudolf Wildenmann und ich selbst in der Konzipierung der Wahlstudie '61, mit der ein Methodenmix versucht wurde. Im Zentrum dieses Vorgehens standen Umfragen, die aber ergänzt wurden durch Informationen der Wahlstatistik und der Inhaltsanalyse von Massenmedien (Scheuch, Wildenmann 1965). Die Wahl 1961 sollte deutlich werden lassen, dass die empirische Sozialforschung als Datensammlung durch Sozialwissenschaftler selbst die Phase der Pionierleistungen überwunden hatte und nun zu einer ausgereiften Vorgehensweise geworden war. In einer Hinsicht allerdings war Sozialforschung immer noch eine Pionierleistung, weil die Gesellschaft erst daran zu gewöhnen war, dass wir nun faktenreich sein würden. Damals war es noch üblich zu zweifeln, ob die Befragung von etwa 2000 Personen einen Schluss vom Teil aufs Ganze erlaubt.

Das Design der Wahlstudie schloss eine Mehrebenenanalyse mit ein, und das war in der deutschen Sozialforschung noch völlig ungewohnt. Durch die Beteiligung von Kollegen aus England sollte für die Analyse ein Element des internationalen Vergleichs mit einbezogen werden.

Max Kaase kam also zur empirischen Sozialforschung in einem Moment, in dem zwar die methodische Entwicklung für die Datensammlung bereits ein gutes Niveau erreicht hatte, die Analyse von Umfragedaten allerdings erst noch hin zur heutigen Raffinesse zu entwickeln war.

Das Buch über diese Erhebung enthält nur einen Teil der damals gesammelten Daten (Scheuch 2000: 41-58). Es war ein sehr ehrgeiziges Projekt, das zu einer Fülle von Daten führte, die zu bewältigen wir alle erst von Grund auf lernen mussten. Dieses brauchte Zeit und eine Kontinuität des Personals, die mit den Randbedingungen einer akademischen Laufbahn für Nachwuchskräfte nicht gut vereinbar war. Nur ein kleinerer Teil der zu Beginn dieser Untersuchung zusammen arbeitenden Sozialwissenschaftler konnte bis zum Ende mit diesem Projekt verbunden bleiben, und das bewirkte bei den übrig Gebliebenen die Gewissheit, dass Sozialforschung anders zu institutionalisieren wäre als nur an Universitätsinstituten mit Assistenten auf dem Weg zu höheren Positionen. Damals gab es als erstes der späteren Mitgliedsinstitute von GESIS das Zentralarchiv, welches eine Kontinuität wenigstens in den Datensätzen bewirken sollte. Aber wie eine solche Anstalt mit personeller Kontinuität nun zu entwickeln war, das blieb Neuland. Rudolf Wildenmann als Doktorvater für Max Kaase war die treibende Kraft zur Entwicklung von ZUMA als Hilfseinrichtung der Forschung, und Max Kaase war von Anbeginn mit engagiert, dem Wunsch eine Form zu geben.

So wurde er 1974 auch erster Direktor von ZUMA, und wie häufig bei Institutionen wirkt die Prägephase mit Max Kaase als die intellektuell und administrativ bestimmende Kraft bis heute weiter.

Bei Klein- und Mittelbetrieben – und als solche sind ja unsere Hilfseinrichtungen der Forschung zu charakterisieren – ist die Nachfolge des Gründers eine Entscheidung von existentieller Bedeutung. Eine solche Pesonalentscheidung war bereits zu treffen für das Informationszentrum. Sie wurde auch getroffen beim Zentralarchiv, und nun steht ein Stabwechsel bei ZUMA bevor. Es ist mitentscheidend, wie dieser wirken wird. Max Kaase hat sich hierüber selbstverständlich Gedanken gemacht und, wie wir meinen, auch dieses Feld wieder einmal gut vorbereitet.

Während der Tätigkeit von Max Kaase erfolgte eine tiefgreifende Veränderung in der Bedeutung von Empirie für die Soziologie. Insbesondere die Umfrageforschung wurde zu

einer alltäglichen Informationsquelle, und damit waren Umfragen nicht mehr bloße Schnappschüsse, sondern ein Bericht über einen Momentzustand im Zeitablauf. Die mögliche Kumulation von Informationen galt es zu organisieren und zu ergänzen insbesondere durch den internationalen Vergleich zwischen ähnlichen Ländern. Schon früh erkannte Max Kaase, dass sich hierfür das Thema Politik und dabei wieder insbesondere auch Wahlen vorzüglich eignen. Hier sind die abhängigen Variablen überwiegend einfach, sodass sich die Phantasie und damit der theoretische Ertrag konzentrieren kann auf die unabhängigen Variablen.

Parallel hierzu entwickelten sich in der empirischen Forschung die Techniken der Analyse explosiv weiter. Waren zunächst die methodischen Fragen der Datenerhebung bis etwa Mitte der sechziger Jahre vorrangig, so ist seither für den Ertrag empirischer Forschung die Fortentwicklung der Analysetechnik zentral. Unterstützt wird dies durch die rasante Entwicklung der Auswertungsmaschinen von der in den fünfziger Jahren zentralen Fachzählsortiermaschine über die IBM-Statistik 101 hin zu den Großcomputern und in den letzten Jahrzehnten zu PCs. Für die tatsächliche Nutzung wurden Analysepakete wie SPSS verfügbar. Dazwischen waren Programmiersprachen wie Fortran IV und Cobol Voraussetzung für die praktische Anwendung der technischen Weiterentwicklungen.

In diese Entwicklungsphase fiel ein Großteil der Tätigkeiten von Max Kaase, und er war mitverantwortlich dafür, dass die deutschen Einrichtungen für die Infrastruktur der Sozialwissenschaften jeweils voll das Wissen der Zeit nutzten.

Ein ganz besonderes Verdienst sehen wir in der Internationalität seiner Orientierung. Sie ist verantwortlich dafür, dass ZUMA nicht nur eine sehr wichtige Infrastruktureinrichtung in Deutschland ist, sondern international wirkt. Durch dieses Wirken wird dann wieder der Ertrag quantitativer Forschung in anderen Ländern für die deutsche Sozialwissenschaft aufgeschlossen. Die für die Literatur bedeutendsten Unternehmungen dieser Art liegen jenseits des Zeitraums meiner Betrachtungen. Aber dass die Voraussetzungen dafür in einer Periode geschaffen werden konnten, in der die quantitative Forschung erst allgemein durchzusetzen war, ist bereits mit dem Namen Max Kaase verbunden.

Unsere GESIS wurde kein Hilfsinstrument der staatlichen Verwaltung, sondern blieb eine Infrastruktureinrichtung für die Wissenschaften. Wir müssen Max Kaase danken, dass das so ist.

Literatur

Adorno, Th.W./Albert, H./Dahrendorf, R./Habermas, J./Pilot, H./Popper, K.R., 1969a: Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie. Neuwied: Luchterhand.

Adorno, Th.W. (Hrsg.), 1969b: Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft. Stuttgart: Enke.

Geiger, Th., 1932: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Stuttgart: Enke.

Herz, Th.A./Stegemann, H. (Hrsg.), 1969: Empirische Sozialforschung 1968. München-Pullach: Verlag Dokumentation.

Koch, P./Peisert, H., 1960: Die Verwendung elektronischer Rechenanlagen bei der Aufbereitung empirisch-soziologischen Untersuchungsmaterials. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 12: 459-472.

König, R., 1966: Handbuch der empirischen Sozialforschung. Stuttgart: Enke.

Lepsius, M.R. (Hrsg.), 1976: Zwischenbilanz der Soziologie. Stuttgart: Enke.

Mochmann, E./Scheuch, E.K. (Hrsg.), 1987: Infrastruktur für Sozialforschung. Köln: Zentralarchiv für empirische Sozialforschung.

Müller, W., 1975: Familie, Schule, Beruf – Analysen zur sozialen Mobilität und Status-Zuweisung in der Bundesrepublik. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Peisert, H., 1964: Stadtplanung auf dem Weg zur Wissenschaft. S. 186-215 in: R. Jungk/H. Mundt (Hrsg.), Deutschland ohne Konzeption. München: Desch.

Peisert, H., 1966: Aspekte der Sozialforschung an deutschen Universitäten. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 18: 681ff.

Peisert, H., 1967: Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland. München: Piper.

Peisert, H., 1977: Beitrag und Einfluss der Sozialforschung auf die auswärtige Kulturpolitik. S. 137-160 in: Wissenschaftszentrum Berlin (Hrsg.), Interaktion von Wissenschaft und Politik. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.

Peisert, H./Wunberg, M., 1970: Die Bedeutung von 'Regionen gleicher Bildungsbeteilung' für die Bildungsforschung. Beiträge zur regionalen Bildungsplanung. Forschungs- und Sitzungsberichte 60: 17-23.

Scheuch, E.K., 2000: Die Kölner Wahlstudie zur Bundestagswahl 1961. S. 41-58 in: M. Klein et al. (Hrsg.), 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Scheuch, E.K./Wildenmann, R. (Hrsg.), 1965: Zur Soziologie der Wahl. Köln: Westdeutscher Verlag.

SOZIOLOGIE UND EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG – VON DEN SIEBZIGER JAHREN BIS HEUTE

ANDREAS DIEKMANN

Ich habe gerne zugesagt, diesen Part zu übernehmen und für die „jüngere Generation" zu sprechen. Bei den Fernseh-Einschaltquoten falle ich ja schon nicht mehr unter die „14-49", und wer weiß, ob ich jemals wieder so ein schmeichelhaftes Angebot erhalten werde.

Die Lehrjahre in der Sozialforschung begannen bei mir Anfang der siebziger Jahre in Hamburg. Die zweite Generation der Kölner Schule, die Schüler von René König und Erwin K. Scheuch, standen gerade am Beginn ihrer Professorenlaufbahn. So auch in Hamburg mit den hervorragenden akademischen Lehrern Karl-Dieter Opp, Jürgen Friedrichs, Jürgen Kriz und Heinz Renn, mit Jörg Graff und Peter Schmidt als jungen Assistenten und mit dem exzellenten Statistiker Walter Kristof aus Princeton. Nicht zu vergessen, dass damals neben Köln und Mannheim auch weitere Hochburgen empirischer Sozialforschung bestanden.

Von meinen eigenen Erfahrungen ausgehend, wage ich eine kurze Tour d'Horizon der jüngeren Geschichte der Sozialforschung, um dann einige Probleme und Perspektiven anzusprechen.

Sozialforschung in den siebziger Jahren muss man vor dem politischen und gesellschaftlichen Hintergrund betrachten. Willy Brandt und die sozialliberale Koalition versprachen einen optimistischen Aufbruch, die Soziologie hatte Hochkonjunktur und expandierte – so wie später die Ökonomie – in andere Fächer, namentlich als Rechts- oder Medizinsoziologie. Gesellschaftliche Prozesse galten als planbar, und die empirische Sozialforschung sollte zur Besserung gesellschaftlicher Verhältnisse beitragen – ein Anspruch, der in meinen Augen an Berechtigung nicht eingebüßt hat. Die 68er Studentenrebellion hatte nachhaltige Auswirkungen auf die akademische Diskussion. In Seminaren wurde hitzig

debattiert über marxistische und bürgerliche Sozialforschung, „Positivismusstreit“ und Wissenschaftstheorie. Analytische Wissenschaftstheorie spielte eine wesentlich größere Rolle als heute. Thesenpapiere, und davon gab es viele, wurden bis zur Unlesbarkeit von Wachsmatrizen oder auf Nasskopierern vervielfältigt. „Collegium logicum“ und Prädikatenkalkül schärften den Verstand und Texte von Popper, Lakatos, Kuhn, Albert und Stegmüller lieferten den Stoff für lebhafte Diskussionen.

In der Diplom-Soziologieausbildung wurden die Methoden der empirischen Sozialforschung, deskriptive und Inferenzstatistik, ein Methodenpraktikum und Computerkurse zum Standard. Wer sich interessierte, lernte Algol, Fortran und Matrixalgebra. Man jonglierte mit Lochkarten, und alsbald verdrängte SPSS die privat gehäkelten Programme. Standardisierte Methoden waren in der Forschung etabliert und in der Ausbildung kodifiziert. Die Lazarsfeld-Schule gab den Ton an, wir hatten die von René König herausgegebenen und von Scheuch und Rueschemayer bearbeiteten Handbücher, die Lehrbücher von Mayntz, Holm, Hübner, von Atteslander, von Jürgen Friedrichs (West) und Walter Friedrich (Ost), die Statistik-Einführung von Clauss und Ebner (Ost), also bei den einführenden Lehrbüchern schon deutsch-deutsche Gemeinsamkeiten. Wir übten uns in multivariater Analyse und mathematischer Statistik. Hans-Joachim Hummell, Wolfgang Sodeur und Rolf Ziegler gründeten den einflussreichen und heute noch lebendigen Arbeitskreis „Mathematische Soziologie“, inzwischen eine Sektion der DGS. Wolfgang Zapf und Hans-Jürgen Krupp hoben ein soziologisch-ökonomisches „Joint Venture“ aus der Taufe, das SPES-Projekt in Frankfurt und Mannheim, das der empirischen Sozialforschung bis heute entscheidende Impulse verliehen hat. Rudolf Wildenmann, von dem man dachte, er sei Bundeskanzler, weil er damals noch häufiger im Fernsehen war als Erwin Scheuch heute, zeugte neben vielen anderen Instituten auch ZUMA. Wobei es mehrere Geburtshelfer gab, zu denen insbesondere auch Hansgerd Peisert zählte. Und von der ersten Generation der wissenschaftlichen Leiter Kaase, Klingemann, Pappi und Weede wurden alsbald neue Akzente in der Netzwerkanalyse, bei international vergleichenden Panels, der Inhaltsanalyse und der Pfadanalyse gesetzt. Aus der Pfadanalyse plus latente Variablen wurde LISREL, und damit war man schon ziemlich weit, um komplexe Kausalstrukturen an Hand von Querschnittsdaten zu analysieren und mit diesen hochgerüsteten Kanonen gelegentlich auch mal auf Spatzen zu schießen.

Als einer der ersten hat Walter Müller die Pfadanalyse zur Untersuchung von Statuserwerb und Mobilität in der deutschen Gesellschaft eingesetzt. „Familie, Bildung, Beruf“ hieß der Klassiker von 1975, der auch methodisch Standards setzte. Im Gegensatz zur Erwartung der meisten Bildungsreformer – wie etwa Ralf Dahrendorf – hat sich Walter Müllers Prognose, dass Bildungsexpansion allein die soziale Chancenungleichheit nicht verringern wird, bewahrheitet. Von den vier Benachteiligungen, die Hansgerd Peisert zehn

Jahre zuvor auf die bekannte Formel der „katholischen Arbeitertochter vom Lande“ gebracht hatte, konnte jedenfalls bis heute die Ungleichheit der Bildungschancen nach sozialer Herkunft nicht beseitigt werden. Anknüpfend an die Pfadmodelle wurde die Strukturanalyse von Mobilitätstabellen mit Logit-Analysen verfeinert, und im VASMA-Projekt haben Walter Müller und seine Mitstreiter erstmals Individualdaten der amtlichen Statistik, die Massendaten des baden-württembergischen Mikrozensus herangezogen, auch datentechnisch – Johan Handl weiß davon ein Lied zu singen – seinerzeit eine enorme Herausforderung. Für eine ganze Weile basierte die deutsche Sozialstrukturanalyse auf dem baden-württembergischen Mikrozensus. Mit diesem Pionierprojekt wurde gleichzeitig der Weg geebnet für die Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern, die später zu den „Datenreports“, „Public-Use-Files“ und der Gründung der ZUMA-Mikrodatenabteilung führte.

Mit diesen vielfältigen Unternehmungen in den 70er Jahren waren wesentliche Grundlagen professioneller Sozialforschung gelegt.

Würde man einen Studienanfänger von heute mit einer Zeitmaschine in das ZUMA-Gründungsjahr 1974 versetzen, ihn fünf Jahre Soziologie mit empirisch-methodischer Ausrichtung studieren lassen, ihn dann für 23 Jahre einfrieren und heute auftauen – ich denke, er könnte nach kurzem Praktikum und einem Einführungskurs in MS-Word bei ZUMA anfangen. Aber im Ernst: Es gibt eben bei den Grundlagen empirischer Sozialforschung auch so etwas wie Kontinuität und ein Rüstzeug, das sich so dramatisch nicht verändert hat.

Der Charme der Sozialforschung abseits der wenigen Großprojekte in dieser Zeit war, dass man zur Prüfung von Hypothesen auch seine eigenen Daten erheben musste. Das war natürlich zugleich ein Mangel. Wissenschaftsöffentliche, repräsentative und regelmäßige Erhebungen für Sekundäranalysen gab es fast nicht. ZUMA sei Dank, wurde dieser Mangel bald behoben. In den achtziger Jahren stiegen wir vom Individualverkehr auf den ALLBUS um, „chauffiert“ von Karl-Ulrich Mayer, der Max Kaase im Amt des ZUMA-Direktors nachfolgte. Wenn es eine „Generation Golf“ gab, so gab es unter uns Sozialforschern die „Generation ALLBUS“.

ALLBUS, ISSP, Wohlfahrtssurvey, Eurobarometer, SOEP und die retrospektiven Kohortenstudien am MPI für Bildungsforschung läuteten eine neue Phase ein. Sie war gekennzeichnet durch wissenschaftsöffentliche Datensätze hoher Qualität als kollektive Güter plus Methodenforschung, institutionalisiert unter dem Dach von GESIS. Hinzu kam die Einbindung in ein Netzwerk internationaler Vergleichsstudien und die „Dauerbeobachtung“ mit Trend- oder Panelstudien. Mit drei Schlagworten: Institutionalisierung, Internationalisierung, Dynamisierung. Max Kaase steht für alle drei: Erstens als Vorreiter bei

international vergleichenden und zweitens bei Panelstudien in der Partizipationsforschung. Und zudem ist er mit exakt einem Vierteljahrhundert als ZUMA-Direktor und Vereinsvorsitzender selbst zur Institution geworden.

Noch einige, auch persönliche Anmerkungen zur „Dynamisierung", zum Zeitbezug. In der Sozialforschung waren, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die siebziger Jahre mit Blick auf Datenerhebung und Datenanalyse „statisch". Das war mir immer ein Dorn im Auge. Seit einem Auslandsaufenthalt im Sommer 1977 in Michigan interessierten mich Längsschnittdaten und dynamische Modelle. Mit stochastischen Lernmodellen aus der Psychologie und Markovprozessen wollte ich Daten aus der Kriminologie erklären. Von Ereignisanalyse hatte ich noch nie etwas gehört, aber meine Daten waren im Prinzip Ereignisdaten. Anfang der achtziger Jahre in Wien experimentierte ich dann mit Peter Mitter mit verschiedenen Modellen so genannter zeitabhängiger Poisson-Prozesse. Das war Ereignisanalyse, aber den Namen hörten wir erst durch Besuche von Michael Hannan und Nancy Tuma am Institut für Höhere Studien in Wien, das damals von dem international renommierten Gelehrten Anatol Rapoport geleitet wurde. Etwa zu dieser Zeit begannen die Lebensverlaufsstudien am Max-Planck-Institut in Berlin. Ganz offensichtlich war bei der gegebenen Datenstruktur die Ereignisanalyse die Methode der Wahl. Mir war auch schnell klar, dass man diese Methoden hervorragend in der Bevölkerungssoziologie anwenden konnte, zur Untersuchung demografischer Verschiebungen von Heiratsalter und Scheidungsrisiko sogar mit den Retrospektivdaten der ALLBUS-Sozialdemographie. Ab 1984 erschienen dann die ersten Lehrbücher in deutscher Sprache und seither eine Vielzahl von Arbeiten vorwiegend im Bereich der Familiensoziologie und zur beruflichen Mobilität. Um nur einen Themenbereich zu nennen: Mitte der achtziger Jahre gab es nicht eine ereignisanalytische Studie zu den Ursachen von Ehescheidung; heute dagegen kann Michael Wagner bereits eine Metaanalyse von mehr als 40 Studien mit deutschen Daten vorlegen.

Die Sozialstrukturanalyse hat insgesamt von der Kombination aus Längsschnitt- oder Verlaufsdaten – Berliner Lebensverlaufsstudie, SOEP, Familiensurvey, Münchner Gründerstudie, Mannheimer Scheidungsstudie – und den neuen Techniken zur Analyse zeitbezogener Daten enorm profitiert. Hier fand auch kumulative Forschung statt, in unserem Fach immer noch eher die Ausnahme als die Regel. Ein Defizit besteht allerdings an Theorie, die den Blick auf wichtige Fragen lenken und mehr sein soll als ein Wörterbuch elastischer Begriffe. „Statuspassagen", „Sozialkapital", „reflexive Modernisierung" usw. sind zunächst einmal nur Vokabeln. Von diesen bis zu einer Theorie im Sinne eines Netzwerks miteinander verknüpfter Hypothesen ist dann noch ein ganzes Stück Weg zurückzulegen. Festzuhalten bleibt: Unter den neu eingeführten Methoden der Datenauswertung

war die Ereignisanalyse eine wesentliche Innovation der letzten zwei Jahrzehnte, deren Nutzen für die wissenschaftliche Sozialforschung heute unbestritten ist.

Wie „sophisticated" die statistischen Verfahren auch sein mögen, bevor man Daten analysiert, muss man sie erst einmal erhoben haben. Dass bei Befragungsdaten die Details der Umfrage, die Frageformulierung, die Antwortkategorien, der Fragekontext usw. eine Rolle spielen, muss hier nicht besonders hervorgehoben werden. Neue Anstöße gab ein Forschungsprogramm bei ZUMA, das mit dem Namen von Norbert Schwarz verbunden ist: Die Verbindung von Kognitionspsychologie und Umfrageforschung. Viele Einzelbefunde konnten mit Hypothesen zur Informationsverarbeitung erklärt und systematisiert und dadurch neue Fragestellungen angeregt werden. Eine Zwischenbilanz erhärteter und replizierbarer Befunde steht aber noch aus. Sie wäre für eine kumulativ angelegte Methodenforschung von hohem Wert.

Das erinnert mich an eine fruchtbare Forschungsperiode bei ZUMA, als wir anno 1987 als neues Team wissenschaftlicher Leiter mit so diversen Forschungsprogrammen wie Textanalyse (Peter Mohler), Evolutionäre Spieltheorie (Ulrich Müller), Kognitionspsychologie in der Umfrageforschung (Norbert Schwarz) und meinen Untersuchungen zur Ereignisanalyse antraten. Hinzu kam die lebhafte, heute besonders aktuelle Debatte der Gewichtungsproblematik, die von Günther Rothe und Michael Wiedenbeck angestoßen wurde. Statt vieler kleiner Maulwurfshügel wollten wir damals die Forschung bündeln und einen „MonteZUMA" errichten. Der ließ zwar auf sich warten, aber in der Bilanz gab es doch einige kreative Impulse mit nachhaltiger Wirkung.

Es gibt weitere Innovationen in der Methodik empirischer Sozialforschung der letzten beiden Jahrzehnte, die der oben erwähnte, eingefrorene Student versäumt hätte. Meine These lautet, dass diese Innovationen weniger durch neue soziologische Theorien und Fragestellungen bedingt waren, als vielmehr durch die rapiden Veränderungen der Kommunikations- und Informationstechnologie: schnelle Computer mit hoher Speicherkapazität, die fast vollständige telefonische und mobiltelefonische Ausstattung von Haushalten – was neue Probleme für die Stichprobenauswahl schafft – und das Internet. Das ist offensichtlich bei Online-Umfragen und dem Siegeszug der CATI-Technik in der Surveyforschung, übrigens hellsichtig prognostiziert von Manfred Küchler in den ZUMA-Nachrichten 1982. Aber auch Individualdaten der amtlichen Statistik, zu deren Erschließung Walter Müller mit dem „Anonymisierungsprojekt" entscheidend beigetragen hat, wären ohne die enorme Leistungssteigerung der Informationsverarbeitung nicht nutzbar. Alle Analysen mit multivariaten Verfahren wie Logit, Probit, Ereignisanalyse in der Lebenslaufforschung, der Einbezug von Kontext in der Mehrebenenanalyse, neue statistische Methoden zur Kontrolle von Selektivität – das zentrale Problem nicht-experimen-

teller Forschung – basieren auf einer Schätzmethode, dessen Namen die meisten Absolventen eines Soziologiestudiums – jedenfalls außerhalb Mannheims – wahrscheinlich nicht einmal kennen, nämlich auf der Maximum-Likelihood-Methode aus den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. MLE musste mehr als ein halbes Jahrhundert auf den Einsatz als universelle Schätzmethode warten, bis geeignete Technologie bereit stand.

Allerdings ist die Einfachheit, mit der heute Softwarepakete für hochkomplizierte Methoden auf Knopfdruck Ergebnisse liefern, auch eine Gefahr. Deshalb müssen wir die Methodenausbildung verbessern, statt sie durch die irreführende Dichotomie von „quantitativ" versus „qualitativ" zu verschlechtern. Wir müssen zudem die Fehlerkontrolle und Replikationsmöglichkeiten verbessern, z. B. indem Fachzeitschriften fordern, dass Datensätze in wohldokumentierter Form für Reanalysen verfügbar gemacht oder am besten gleich ins Internet gestellt werden. Die Denkschrift der von Max Kaase geleiteten Kommission zu den Qualitätskriterien der Umfrageforschung gibt dazu wertvolle Anregungen ebenso wie das äußerst lesenswerte Gutachten der – jetzt kommt der Zungenbrecher – „Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur", an dem aus unserer Zunft Ulrich Mayer und Walter Müller mitgewirkt haben.

Die digitale Revolution wird auch der klassischen Surveyforschung Konkurrenz machen. Zum einen durch die vermehrte Nutzung von Individual- und Registerdaten der amtlichen Statistik. Zum anderen durch das exponentielle Wachstum digitalisierter Informationen. Von Scannerkassen bis zum Road-Pricing werden Verhaltensspuren aufgezeichnet, die irgendwann in anonymisierter Form der Sozialforschung zur Verfügung stehen könnten. Vor allem aber finden wir im Internet Texte, insbesondere Medientexte. Die „Neue Zürcher Zeitung" erscheint seit mehr als zweihundert Jahren. Noch ist sie nicht vollständig digitalisiert, aber immerhin kann ich schon jetzt über unseren Uni-Server problemlos auf die letzten zehn Jahrgänge zugreifen. Natürlich muss man der Forschung kluge Fragen voranstellen. Tut man dies, wird die Inhaltsanalyse digitalisierter Medientexte hochinteressante Ergebnisse über den langfristigen kulturellen und sozialen Wandel liefern. Obwohl alle Voraussetzungen gegeben sind, wird dieses Potential bislang kaum genutzt. Ein Blick in die letzten Jahrgänge der „Kölner Zeitschrift", „Zeitschrift für Soziologie" oder in die „Soziale Welt" zeigt, dass computerunterstützte Textanalyse in der Forschungsmethodik einen der hintersten Plätze einnimmt. Meine Prognose lautet, dass sich diese Posteriorität ändern wird und generell prozessproduzierte Daten einen höheren Stellenwert einnehmen werden.

Trotz dieser Fortschritte wird die Diagnose- und Prognosefähigkeit der Sozialforschung nicht selten bestritten. Die Herausforderung stellt sich insbesondere in Umbruchsituationen, wenn sich die gewohnte Welt radikal verändert. Ludwig der XVI. notierte am 14. Juli

1789 in seinem Tagebuch ein einziges Wort: „rien" – „nichts" war an diesem Tag aus seiner Sicht geschehen. Im Januar 1989 verkündete Erich Honecker: „Den Sozialismus in seinem Lauf, hält weder Ochs noch Esel auf." Der Generalsekretär hatte sich geirrt ebenso wie alle Gesellschaftstheoretiker und Sozialforscher, die gleichwohl im Nachhinein die Ereignisse ziemlich gut erklären konnten. Auch hier gilt das Mediziner-Wort: „Die besten Diagnosen stellt der Pathologe." Wenn man aber die hochinteressanten, in der DDR geheim gehaltenen Umfrageresultate aus dem Leipziger Institut für Jugendforschung zur Identifikation mit Staat, Sozialismus und Marxismus betrachtet, erkennt man, dass sich die DDR mindestens ab 1985 in den Augen der eigenen Jugend in einer dramatischen Legitimitätskrise befand. Ob das historische Ereignis der „volkseigenen Revolution" (Opp und Gern) weniger überraschend gekommen wäre, wenn man die von Walter Friedrich berichteten Zeitreihen aus der DDR-Umfrageforschung gekannt und diskutiert hätte? Wahrscheinlich nicht, aber sie zeigen dennoch das Diagnosepotential von Trendstudien und den Erkenntnisgewinn durch Sozialforschung. Und noch eine Leistung der empirischen Sozialforschung in Deutschland: Sie hat auf die Wiedervereinigung äußerst rasch reagiert. Einige werden sich noch daran erinnern, dass uns Hartmut Esser an diesem Ort versammelt hat, um gemeinsam ein Forschungsprogramm zu beraten, dass die sich abzeichnende Wiedervereinigung mit ihren Folgen und Nebenfolgen sozialwissenschaftlich-empirisch unter die Lupe nehmen sollte. Unmittelbar nach der „Wende" wurden SOEP und ALLBUS auf Ostdeutschland erweitert; heute liegen eine Vielzahl empirischer Studien zur Transformationsforschung vor. Die Sozialforschung hat wesentlich zur Dokumentation historischer Umbrüche beigetragen und damit unschätzbares Material für die Zeitgeschichte geschaffen.

Und dennoch – das sei zum Schluss angesprochen – haben empirische Sozialforschung und Soziologie gegenüber Öffentlichkeit und Politik ein Vermittlungsproblem. Es gibt gute Leistungen, aber sie werden schlecht kommuniziert. Gemessen an der Nachfrage boomt das Fach, aber nur ein Viertel aller Studierenden der Soziologie erreicht den Abschluss. D. h. auch, dass viele nicht wissen, was in dem Fach auf sie zukommt. Zweitens würde man sich wünschen, dass die empirische Sozialforschung mit empirisch-analytischen Studien, also nicht nur mit Demoskopie, in der Politikberatung besser vertreten wäre. Drittens in der Öffentlichkeit. Ich habe eine kleine, explorative Studie „Soziologie im Spiegel" angeregt – gemeint ist „Der Spiegel" aus Hamburg. Es wurden alle Artikel im Zeitraum 1994 bis 1999 berücksichtigt. In 558 Artikeln kamen 342 Soziologen und Soziologinnen bzw. Sozialwissenschaftler vor, aus dem In- und Ausland, Lebende und Verstorbene. Ulrich Beck ist auf Platz eins, Max Weber z.B. auf Platz 12. Vergleicht man nun die jüngst von Jürgen Gerhards aufgestellte Liste der in Fachzeitschriften publizierenden Soziologen – meist empirische Sozialforscher – mit der Spiegel-Liste, so ist die Schnitt-

menge fast leer. Sie enthält nur einen Namen, den man schwerlich zur empirischen Sozialforschung zählen kann: Niklas Luhmann. Wenn Soziologie in den Medien Gehör findet, dann entweder als namenlose Meinungsforschung oder als essayistische Lehnstuhl-Soziologie. Empirisch-analytische Studien, oftmals von hohem aufklärerischem Wert, finden dagegen außerhalb der Fachwelt viel zu wenig Resonanz.

POLITIKWISSENSCHAFTLICHE FORSCHUNG IN DEUTSCHLAND VON 1949 BIS ENDE DER 60ER JAHRE

HANS-DIETER KLINGEMANN

1. Einleitung

Die Erwartung an den Referenten besteht darin, aus der Sicht seiner Generation und seiner Position in dieser Generation die Bedeutung und die Rolle der empirischen Forschung darzulegen. Dabei soll das eigene Fach, in diesem Falle also die Politikwissenschaft, besonders berücksichtigt werden.

Zunächst möchte ich festhalten, dass die deutsche Politikwissenschaft wichtige Forschungsbeiträge geleistet hat, die international zur Kenntnis genommen wurden. Beispielhaft zu nennen sind hier etwa die Arbeiten die Gerhard Lehmbruch in der Korporatismusforschung oder die Arbeiten, die Klaus von Beyme im Bereich der Vergleichenden Regierungslehre vorgelegt haben.

Wenn ich mich im Folgenden kritisch mit der Frühzeit der Entwicklung der politikwissenschaftlichen Forschung auseinandersetze, dann betrifft dies in erster Linie die Vernachlässigung einer umfragebasierten Mikroanalyse. Dieser Fokus ist erlaubt, denn es wird ja nach der Sicht des Referenten gefragt. Mein Urteil ist durch zwei Interessen geprägt. Erstens durch ein generelles Interesse an der Entwicklung der Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg. Zweitens durch ein spezielles Interesse an der Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur. Ich werde argumentieren, dass sich die politikwissenschaftliche Forschung in der Phase, die ich hier zu behandeln habe, diesem zweiten Forschungsgegenstand – auch aus ideologischen Gründen – kaum zugewandt hat. Jan van Deth, der die neuere Entwicklung der politikwissenschaftlichen Forschung schildern wird, kann, wie ich weiß, ein erfreulicheres Bild zeichnen.

Meinen auf die Vergangenheit des Fachs gerichteten Beitrag, habe ich in zwei Teile gegliedert. Erstens werde ich die Entwicklung der Politikwissenschaft und die Rolle der

empirischen Forschung in dieser Disziplin nach dem Zweiten Weltkrieg bis Ende der 60er Jahre skizzieren. In diesem Teil stütze ich mich vor allem auf die Daten, die Hans-Joachim Arndt (1978) zusammengetragen und analysiert hat. Auch wenn man seinen Versuch einer Politikwissenschaft für Deutsche nicht teilt, die Würdigung der Politikwissenschaft in Deutschland ist die am sorgfältigsten recherchierte Analyse, die für diesen Zeitraum vorgelegt wurde. Zweitens werde ich versuchen, die organisatorischen Anstrengungen von Rudolf Wildenmann und Erwin K. Scheuch zu skizzieren, welche der empirischen Mikroanalyse in der politikwissenschaftlichen Forschung erst eine Chance gegeben haben.

2. Der Beginn der Politikwissenschaft in Deutschland

2.1 Politikwissenschaft als Staatswissenschaft: Erste Ansätze seit Beginn des 19. Jahrhunderts

Man kann den Beginn einer Politikwissenschaft in Deutschland unterschiedlich terminieren. Die erste Version setzt sehr früh an, etwa mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts und verweist auf die Einrichtung von Lehrstühlen an den Staatswissenschaftlichen Fakultäten. So etwa im Jahre 1814 an der Universität München oder im Jahre 1817 an der Universität Tübingen. Die Ansätze waren vielversprechend, wie die großen Verfassungsanalysen von Rotteck, Mohl oder Bluntschli belegen. Nach dem Fehlschlag der 48er Revolution fand die Entwicklung des Fachs jedoch ein jähes Ende. Die Politikwissenschaft überlebte danach nur noch als Verwaltungslehre oder Staatsrecht – Fächer, die dem Obrigkeitsstaat nützlich waren.

Diese Situation änderte sich auch in der Zeit der Weimarer Republik nicht entscheidend. Politikwissenschaftlich relevante Themen wurden an den Universitäten vor allem im Rahmen der Staatslehre, der Nationalökonomie, der Sozialpolitik und der Geschichtswissenschaft behandelt. Jellinek, Schmoller oder Treitschke können hier als herausragende, politikwissenschaftlich interessierte Vertreter dieser Fächer genannt werden.

Eine Konsequenz der mangelnden Institutionalisierung der Politikwissenschaft als akademischer Disziplin an den Universitäten war die geringe Aufmerksamkeit, die dem Aufkommen des Nationalsozialismus in Deutschland in der Forschung zuteil wurde. Sicher, im Jahre 1920 wurde in Berlin die Deutsche Hochschule für Politik gegründet. Aber diese Einrichtung, die vorwiegend das Ziel der Weiterbildung von Gewerkschafts- und Parteifunktionären verfolgte, wurde von den Universitäten nie als gleichrangig akzeptiert. Ihre Beiträge zur Forschung waren marginal. Nach der Machtübernahme durch die Nazis im Jahre 1933 hörte die Politikwissenschaft auf zu existieren. Die meisten

Wissenschaftler, die politikwissenschaftliche Themen prominent behandelt hatten, gingen – freiwillig oder gezwungen – ins Exil.

2.2 Politikwissenschaft als Politische Bildung: Die frühe Nackriegszeit

Eine zweite Version verlegt den Beginn der Politikwissenschaft in Deutschland in die frühe Nachkriegszeit. Hans-Joachim Arndt verweist in seinem faktenreichen Buch „Die Besiegten von 1945. Versuch einer Politologie für Deutsche samt Würdigung der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland", das 1978 bei Duncker & Humblot erschienen ist, auf die überragende Bedeutung zweier Konferenzen. Erstens auf die Bedeutung der Konferenz „Die politischen Wissenschaften an den deutschen Universitäten und Hochschulen", die am 11. und 12. September 1949 in Waldleinigen stattfand, und zweitens auf die Bedeutung der Königsteiner Konferenz „Über Lehre und Forschung der Wissenschaft von der Politik" vom 15. und 16. Juli 1950. Er schreibt: „Es geschieht bei der Einrichtung einer neuen Fachdisziplin selten, was mit der Politikwissenschaft in Westdeutschland geschah: ihre Geburt, ja geradezu ihre Zeugung sind auf einen einzelnen Akt festzulegen, und dieser geschah in aller Öffentlichkeit" (Arndt 1978: 177).

Die Militärregierungen, insbesondere die amerikanische, hatten die Konferenzen mit angeregt. Gastgeber war die Hessische Landesregierung. Französische und englische Politikwissenschaftler, vor allem auch die jeweiligen Präsidenten der American Political Science Association (APSA), Quincy Wright und James K. Pollock, nahmen an diesen Konferenzen teil. Der von Quincy Wright gehaltene Vortrag über die „Gegenwartslage der Politischen Wissenschaften in den Vereinigten Staaten" ist auch heute noch lesenswert. Dass insbesondere die Rolle der Amerikaner bei der Gründung der Politikwissenschaft in Deutschland vom marxistischen Standpunkt in den 70er Jahren heftig kritisiert wurde, sei hier nur angemerkt (Blanke/Jürgens/Kastendiek 1975: Bd. 1, 46ff, LV.3a.). Zu den deutschen Teilnehmern der Konferenzen zählten neben anderen Wolfgang Abendroth (Universität Marburg), Michael Freund (Universität Kiel), Eugen Kogon (Universität Frankfurt a.M.), Theodor Eschenburg (Universität Tübingen) und Dolf Sternberger (Universität Heidelberg) – um die wichtigsten zu nennen. Alle Teilnehmer, so wird berichtet, insbesondere die deutschen, standen unter dem Schock der Verbrechen, die im Dritten Reich begangen wurden, und dem der Folgen des Zweiten Weltkriegs. „Sie alle", so Arndt (1978: 122), „einte die Überzeugung und der gute Wille, eine Wiederholung zu verhindern." Man setzte sich damals darüber hinaus auch noch klar von den Zuständen in der sowjetischen Besatzungszone ab. Arndt zieht aus seiner detaillierten Analyse der Protokolle der beiden Konferenzen eine weitgehend zutreffende Schlussfolgerung.

Er konstatiert, dass aus der Betroffenheit zwei unterschiedliche Reaktionen der Politikwissenschaftler hätten folgen können. Erstens eine Reaktion, die eine Erklärung der Geschehnisse vor allem durch empirische Forschung versuchen würde, oder zweitens eine moralische Reaktion in Gestalt der Gesinnungsethik einer Menschheitsmoral. „Bei den Geburtsakten der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik" – und ich zitiere hier wieder Arndt (1978: 132-133) – „dominierte letztlich die moralische Komponente, und diese brachte den dogmatischen Charakter in die neugeschaffene Wissenschaft ein, ... man kann auch sagen: Der politische Bildungszweck dominierte, noch bevor aus der Situationsklärung wissenschaftliche Erkenntnisse gezogen waren." Ich teile diese Schlussfolgerung. Das normativ bestimmte Ziel der Politischen Bildung traf auf das Interesse der Disziplin. Es war nicht nur politisch geboten. So konnten auch die Studentenzahlen gesteigert und der Ausbau der Politischen Wissenschaft an den Hochschulen leicht gerechtfertig werden.

3. Modale Forschungsinteressen der ersten drei Generationen

3.1 Die Forschungstätigkeit der Politikwissenschaftler der „ersten Stunde" (Die erste Generation)

1952 gab es in der Bundesrepublik acht Lehrstühle für Politikwissenschaft. Bis Anfang der 60er Jahre hatte sich diese Zahl verdreifacht. Nun zählte man 24 Lehrstühle, wobei allerdings allein zehn dieser Lehrstühle in Berlin angesiedelt waren. Zu den Politikwissenschaftlern der ersten Stunde gehörten in Berlin unter anderen Otto Suhr, von der Gablentz, Ernst Fraenkel und Otto Stammer; in Freiburg: Arnold Bergstraesser; in Heidelberg: Carl Joachim Friedrichs und Dolf Sternberger; in Köln: Ferdinand Alois Hermens; in Tübingen: Theodor Eschenburg; und in Marburg: Wolfgang Abendroth.

Arndt (1978: 250-296, 431-434), der die Publikationen der Politikwissenschaftler der ersten Stunde systematisch analysiert hat, zitiert Alfred Grosser (Heidelberger Konferenz: 65), der auf einer Konferenz im Jahre 1960 in Heidelberg etwas süffisant formuliert: „One of the characteristics of some very prominent political scientists in Germany is: not to produce. The production which is useful about the German political society is very often done by sociologists or by social psychologists." Jedenfalls finden sich bei diesen Politikwissenschaftlern der ersten Stunde nur wenige konkrete Einzelforschungen. Arndt (1978: 254) hält fest: „Die Lehrer schrieben sich eher vom Leibe, was sie aus früherer Erfahrung, aus früherem Nachdenken oder aus zurückliegender eigener Forschung in systematische Form brachten. ... Nicht selten wurden Werke, die bereits in der Emigration in fremder Sprache erschienen waren, auf deutsch editiert, zuweilen mit leichten Veränderungen in Text und Titel." Das gilt zum Beispiel für Carl Joachim Friedrichs „Der Verfas-

sungsstaat der Neuzeit“ (1953) oder Ferdinand Alois Hermens’ „Demokratie oder Anarchie“(1951).

3.2 Die Forschungstätigkeit der „Schülergeneration“ (Die zweite Generation)

Die empirische Forschung setzt auf breiter Front erst mit der Schülergeneration ein. Über das Generalthema herrscht weitgehend Einigkeit. Lepsius (1961: 85) schreibt in seiner „Denkschrift zur Lage der Soziologie und der Politischen Wissenschaft“, die er 1961 vorlegte: „Der Neubeginn der Politischen Wissenschaft in Deutschland fiel mit dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur und der Wiedererrichtung der parlamentarischen Demokratie zusammen. Auf diese beiden Problemkreise hat sich aus naheliegenden Gründen auch die Forschung der Politischen Wissenschaft bisher bevorzugt gerichtet. Die Prinzipien der Demokratie und das Funktionieren des Parlamentarismus einerseits, der Nationalsozialismus und der Untergang der Weimarer Republik andererseits sind ihre vorherrschenden Themen. Besondere Beachtung fanden ferner die Parteien und der Einfluss der Verbände auf den demokratischen Prozess der Willensbildung der Nachkriegszeit.“ Methodisch herrschte bei den meisten dieser Studien der gesellschaftsgeschichtliche Ansatz vor.

Beispielhaft können hier folgende Veröffentlichungen genannt werden: Karl-Dietrich Bracher „Die Auflösung der Weimarer Republik“ (1971), Kurt Sontheimer „Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik“ (1962), Thomas Ellwein „Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland“ (1963), Rudolf Wildenmann „Partei und Fraktion“ (1954), Rupert Breitling „Die Verbände in der Bundesrepublik“ (1955), Wolfgang Hirsch-Weber und Klaus Schütz „Wähler und Gewählte“ (1957), Gerhard Lehmbruch „Proporzdemokratie“ (1967), Klaus von Beyme „Die parlamentarischen Regierungssysteme in Europa“ (1970), Arnulf Baring „Der 17. Juni 1953“ (1959), Peter Christian Ludz „Parteielite im Wandel“ (1968) oder Waldemar Besson „Die Außenpolitik der Bundesrepublik“ (1970).

Natürlich ist diese Liste unvollständig. Sie reflektiert aber das Spektrum der Themen der eher empirisch ausgerichteten politikwissenschaftlichen Forschung der Schüler der ersten Generation. Dieses Lehrer-Schüler-Verhältnis zeigt sich auch in der Herausgeberschaft von Festschriften für die Politologen der ersten Stunde. Arndt (1978: 441-445) hat sie in seinen Schriften in dankenswerter Weise vollständig dokumentiert.

3.3 Die Forschungstätigkeit der „Kritischen Politikwissenschaft“ (Die dritte Generation)

Mit dem Ende der Ära Adenauer, dem Aufkommen der Außerparlamentarischen Opposition und insbesondere der Studentenbewegung in den 60er Jahren beobachten wir in der Politikwissenschaft den Aufstieg der „Kritischen Politikwissenschaft“. Eine neue Genera-

tion, die Geburtsjahrgänge etwa ab 1934, drängte nach vorn. Sie übernahm die Lehrstühle oder profitierte von den „Überleitungen". Die weitaus meisten dieser dritten Generation der Politikwissenschaftler in Deutschland bekannten sich zur Kritischen Politikwissenschaft. Diese Kritische Politikwissenschaft postulierte, so Arndt (1978: 300), „als einzige, obere und sie fortan unablässig beschäftigende konkrete Identität des Politischen das Klassenphänomen ..." Tudyka (1973: 23) etwa, ein prononcierter Vertreter der Kritischen Politikwissenschaft, formuliert apodiktisch wie folgt: „Das zentrale Kriterium wissenschaftlicher Analyse von Politik, die um den Widerspruch zwischen Bourgeois und Citoyen weiß, ist der Klassenkampf." Die damit implizierte Theorie-Praxis-Verbindung ist für die empirische politikwissenschaftliche Forschung natürlich nach wie vor nicht förderlich. „Seit 1971 spätestens" – so wieder Arndt (1978: 326) – „dominiert die Kritische Politikwissenschaft in der Bundesrepublik, quantitativ und nach ihrer Wirkung an allen relevanten Orten und Hebeln – was nicht heißt: im Lehrkörper aller Universitäten, aber was bedeutet: in der Wirkung gegenüber Studenten und der breiten Öffentlichkeit."

Die Themen der wissenschaftlichen Kongresse der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) spiegeln ihr thematisches Interesse: Fragen von Politik und Ökonomie wurden 1973 auf dem Hamburger Kongress diskutiert; Legitimationsprobleme politischer Systeme standen 1975 in Duisburg im Mittelpunkt. Zu den Protagonisten der Kritischen Politikwissenschaft gehören neben anderen Wolf-Dieter Narr, Ekkehart Krippendorff, Dieter Senghaas, Elmar Altvater, Joachim Hirsch, Reinhard Kühnl, Kurt Tudyka, Claus Offe und Udo Bermbach – um nur einige zu nennen. Empirische Forschung hatte hier schlechte Karten. Wer wollte schon die Doppelung des Scheins reproduzieren? Festgehalten werden kann, dass schon im Jahre 1969 eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten die Notwendigkeit sah, das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) zu gründen, um der empirischen politikwissenschaftlichen Forschung eine Heimat jenseits der Universitäten zu geben.

3.4 Empirische Mikroanalyse: Ein Stiefkind der politikwissenschaftlichen Forschung

Bei dem beschriebenen Zustand des Fachs ist erklärungsbedürftig, wie sich überhaupt eine empirisch basierte mikroanalytische Forschung entwickeln konnte. Zwei Wege waren dafür besonders wichtig. Erstens konnte die Politikwissenschaft Anleihen bei der Soziologie und der Sozialpsychologie machen. 2. Organisierte sich die empirisch orientierte politikwissenschaftliche Forschung in Westeuropa. In Deutschland ist die Verankerung der politikwissenschaftlich relevanten Mikroanalyse in besonderer Weise mit Rudolf Wildenmann und Erwin K. Scheuch verknüpft. Sie haben 1961 gemeinsam mit Gerhard Baumert (DIVO-Institut) die Grundlagen der deutschen Wahlforschung gelegt. Erstens

lässt sich gut argumentieren, dass es ohne den Soziologen Erwin K. Scheuch, der das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität zu Köln, aufgebaut und den Politikwissenschaftler Rudolf Wildenmann, der das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim, gegründet hat, die heutige Infrastruktur für die empirische Sozialforschung in Deutschland (GESIS) nicht geben würde. Zweitens haben Rudolf Wildenmann, Erwin K. Scheuch und ihre Schüler die deutsche umfragebasierte Politikanalyse im internationalen Kontext vermittelt. Beide haben gemeinsam mit Stein Rokkan, Jean Blondel, Hans Daalder und anderen entscheidend zur Gründung und zum Erfolg des European Consortium for Political Research (ECPR) beigetragen. Die Politikwissenschaftler, die sich nicht mit dem Programm der Kritischen Politikwissenschaft identifizieren konnten, fanden in dem so europäisch geöffneten Diskurs Partner für Fragestellungen und vergleichende Projekte. Gleiches galt für die auch von deutschen Politikwissenschaftlern immer stärker besuchten Jahrestreffen der APSA.

Diese Entwicklung trug wesentlich mit dazu bei, dass schließlich auch in Deutschland mikroanalytische Projekte eine Förderchance erhielten. Diese Projekte thematisierten „Wahlen und politische Einstellungen", „Ursachen und Folgen der Studentenunruhen", „Demokratische Einstellungen" oder „Bestimmungsgründe politischer Beteiligung". Was heute selbstverständlich erscheint – umfragebasierte Mikroanalyse und Forschungen zur politischen Kultur –, war für meine Generation ein Ziel, für das gekämpft werden musste. Diejenigen, die – wie ich – Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger in den Mittelpunkt ihrer Forschungsinteressen gestellt hatten, fanden sich in Deutschland stets in der Rolle von „amerikanisierten" Außenseitern der Disziplin wieder. Wilhelm Hennis (1957) – ignorant auf dem Gebiet der empirischen Sozialforschung – argumentierte, dass die Qualität des demokratischen politischen Prozesses durch die Einbringung von Informationen aus Bevölkerungsumfragen plebiszitär verfälscht würde. Er (ibid.: 46) formulierte, was die Mehrheit der deutschen Kollegen ohnehin dachte: „Dass die Meinungsforschung den Prozess des Abbaus der tragenden Grundlagen der repräsentativen Demokratie fördert und beschleunigt, ist das Motiv unserer Kritik."

Dass Umfrageforschung ein genaueres Bild des Bürgers zeichnen und ihm in der öffentlichen Diskussion eine Stimme geben kann, ist für eine solche Position irrelevant. Sie ist auch für die Kritische Politikwissenschaft irrelevant, die die gute Gesellschaft nur nach ihren eigenen, nicht aber nach den Vorstellungen der Bürger schaffen wollte. Wie es mit der empirischen Mikroanalyse in der Politikwissenschaft in den folgenden Jahren weiterging, schildert nun Jan van Deth.

Literatur

Arndt, H.-J., 1978: Die Besiegten von 1945. Versuch einer Politologie für Deutsche samt Würdigung der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Duncker & Humblot.

Baring, A., 1959: Der 17. Juni 1953. Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland. Bonn: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (4. durchges. Aufl.).

Besson, W., 1970: Die Außenpolitik der Bundesrepublik. München: Piper.

Beyme, K. von, 1970: Die parlamentarischen Regierungssysteme in Europa. München: Piper.

Blanke, B./Jürgens, U./Kastendiek, H., 1975: Kritik der Politischen Wissenschaft: Analysen von Politik und Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft. 2 Bde., Frankfurt a.M.: Campus.

Bracher, K.-D., 1971: Die Auflösung der Weimarer Republik. Düsseldorf: Athenäum.

Breitling, R., 1955: Die Verbände in der Bundesrepublik. Meisenheim a.G.: Hain.

Ellwein, Th., 1963: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Friedrichs, C.J., 1953: Der Verfassungsstaat der Neuzeit. Berlin: Springer.

Hennis, W., 1957: Meinungsforschung und Repräsentative Demokratie. Tübingen: Mohr/Siebeck.

Hermens, F.A., 1951: Demokratie oder Anarchie? Eine Untersuchung über die Verhältniswahl. Frankfurt a.M.: Metzner.

Hirsch-Weber, W./Schütz, K., 1957: Wähler und Gewählte. Berlin: Vahlen.

Konferenz über den Stand der Politischen Wissenschaft in Europa, 8. und 9. Juli 1960, Manuskript Institut für Politische Wissenschaft, Universität Heidelberg.

Lehmbruch, G., 1967: Proporzdemokratie: Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich. Tübingen: Mohr/Siebeck.

Lepsius, M.R., 1961: Denkschrift zur Lage der Soziologie und der Politischen Wissenschaft. Im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft verfasst. Wiesbaden: Steiner.

Ludz, P.Ch., 1968: Parteielite im Wandel. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Sontheimer, K., 1962: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. München: Nymphenburger Verlagshandlung.

Tudyka, K.P., 1973: Kritische Politikwissenschaft. Stuttgart: Kohlhammer.

Wildenmann, R., 1954: Partei und Fraktion. Meisenheim a.G.: Hain.

DIE EMPIRISCHE POLITIKFORSCHUNG SEIT DEN 70ER JAHREN

JAN W. VAN DETH

1. Die institutionelle Basis

Wie in manchen anderen Ländern folgte auf die Gründungsphase der modernen Politikforschung nach dem Zweiten Weltkrieg auch in Deutschland eine Periode der Verstetigung und Institutionalisierung. Insbesondere die Konzipierung und Durchführung der „Kölner Wahlstudie zur Bundestagswahl 1961“ förderte den Ausbau der empirischen Politikforschung sehr stark (vgl. Scheuch 2000). Nachdem Gerhard Baumert, Rudolf Wildenmann und Erwin Scheuch mit diesem Projekt die großen Möglichkeiten der verhaltensorientierten Ansätze gezeigt hatten, wurden spezielle Themenbereiche rasch weiterentwickelt (z.B. die Arbeiten von Franz U. Pappi über den Einfluss der Sozialstruktur, die Studien zur Wahrnehmung von Parteien von Hans-Dieter Klingemann oder Max Kaases Betrachtungen über politische Partizipation). Seit der 1964 erfolgten Berufung Wildenmanns nach Mannheim wurde der institutionelle Ausbau dieser Art empirischer Forschung in enger Zusammenarbeit zwischen Forschern aus Köln und Mannheim vorangetrieben. In Köln wurde bereits 1960 das Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (ZA) gegründet; in Mannheim folgte 1974 das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA). Obwohl auch an anderen Orten ähnliche Forschung stattfand – z.B. in Kiel – war mit der Gründung des ZA und des ZUMA in relativ kurzer Zeit eine institutionelle Basis geschaffen, welche sehr eng mit der universitären Forschung verbunden war, allerdings keine universitäre Einrichtung darstellt. Diese Konstruktion sollte sich im Laufe der Jahre als sehr erfolgreich erweisen und prägt auch heute noch maßgeblich die empirische Sozial- und Politikforschung in Deutschland.

Die erste Welle der Verstetigung und Institutionalisierung der empirischen Forschung in Deutschland liegt jetzt etwa 30 Jahre zurück. Wenn wir mit Karl Mannheim (1928/29: 318-319) die Zeitspanne einer Generation auf etwa 30 Jahre festlegen, ist somit genau eine ganze Generation abgelöst worden. Aber Mannheim betont sofort, dass nicht die „Rhythmik der entscheidenden Geburten“, sondern die „gesellschaftlich-geistige Strukturebene“ darüber entscheidet, ob es zur Generationsbildung kommt. Diese „gesellschaft-

lich-geistigen“ Faktoren sind in der Verstetigung und Institutionalisierung der empirischen Politikforschung an mehreren Stellen sichtbar. Wie haben die Generationen der 60er- und 70er-Jahre in den letzten Jahrzehnten die empirische Politikforschung ausgebaut? Welche Schwerpunkte wurden dabei gesetzt? Welche Herausforderungen folgen aus diesen Entwicklungen für die jüngeren Generationen? Zur Beantwortung dieser Fragen werden hier zunächst die wichtigsten Themen der empirischen Politikwissenschaft betrachtet sowie die Einflussfaktoren, welche zu ihrer Anpassung und Neudefinition beigetragen haben. Obwohl natürlich nicht irrelevant, bleiben die institutionellen Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit – insbesondere der Aufbau der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS) – hier weitgehend außer Betracht. Die Berücksichtigung derartiger Aspekte würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen und unterbleiben hier aus räumlichen Gründen. Im Vordergrund stehen die fachlichen und inhaltlichen Entwicklungen der empirischen Politikforschung sowie ihre Konsequenzen für jüngere Generationen, die ihre eigenen Forschungsinteressen zum großen Teil innerhalb der etablierten Institutionen realisieren können und müssen.

2. Demokratie, Wahlen, Partizipation

Der Aufbau und Institutionalisierung der empirischen Politikforschung fand in Deutschland unter wenig günstigen Bedingungen statt. Die Politikwissenschaft beschäftigte sich im allgemeinen eher mit „kritisch-emanzipatorischen“, „kritisch-praktischen“ oder „praxisorientierten“ Ansätzen als mit der mühseligen und zeitaufwändigen Sammlung empirischer Ergebnisse; einer Aktivität, welche sowieso als „Verwissenschaftlichung“ und „Amerikanisierung“ politischer Analysen betrachtet wurde und auf nur mäßige Resonanz in der Disziplin stieß. Viel mehr Aufmerksamkeit wurden den Entwicklungen am Berliner Otto-Suhr-Institut und der Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfes“ gewidmet. Diskussionen über die „Rekonstruktion der Kritik der politischen Ökonomie“, eine „kritische Gesellschaftstheorie“ und die „Dichotomisierung von Marxismus und bürgerlicher Wissenschaft“ fanden in Berlin, Frankfurt, Marburg, Freiburg und vielen anderen Städten statt. Politikwissenschaft im „Spätkapitalismus“ sollte keine „Integrationswissenschaft“, sondern eine „Obstruktionswissenschaft“ sein (exemplarisch hierzu: Faul 1979, Kastendiek 1990, Greven 1991).

Während große Teile der Disziplin sich mit Marx-Exegesen und der Frage nach den „systembedingten Widersprüchen und Entwicklungsfunktionen der spätkapitalistischen Gesellschaft“ beschäftigten, arbeitete man in Köln, Mannheim und Kiel fleißig weiter am Aufbau einer verhaltensorientierten empirischen Politikwissenschaft. Auf die Kölner Wahlstudie 1961 folgte eine Reihe neuer Projekte. Der Erfolg dieser Initiativen ist kaum

auf einen wohlgesinnten „Zeitgeist“ zurückzuführen. Im Gegenteil: Kritik an „Szientismus“ und „Empirismus“ belegte damals mühelos die Spitzenposition unter den modischen Themen. Etwas übertrieben ausgedrückt, lässt sich feststellen, dass sich die empirische Politikwissenschaft *trotz* und nicht *dank* der Entwicklung der allgemeinen Politikwissenschaft an deutschen Universitäten durchgesetzt hat. Allerdings waren Köln und Mannheim natürlich nicht von den gesellschaftlichen Debatten ausgeschlossen, wie z.B. die Veröffentlichungen von Erwin Scheuch (1968) zur Frage „Bereiten die Studenten den Bürgerkrieg vor?“ oder von Rudolf Wildenmann und Max Kaase (1968) über „Die unruhige Generation“ zeigen.

Die wichtigsten Themen einer verhaltensorientierten empirischen Politikwissenschaft waren von Anfang an klar. Hauptziel war eine „Analyse des politischen Systems im Zustand seiner größten Intensivierung“ (Scheuch 2000: 42), welche zu einem „realistischeren Bild des Wählers“ (Scheuch 2000: 52) führen sollte. Damit sind die zentralen Themen der empirischen Politikwissenschaft von Anfang an eindeutig zu erkennen gewesen: Im Vordergrund stehen Betrachtungen über (i) die *Demokratie* und dann insbesondere (ii) die *Wahlen* und dann wieder (iii) die politische *Partizipation* der Bürger. Auch nach mehreren Jahrzehnten bilden diese drei Forschungsgebiete noch immer das Herzstück der empirischen Politikwissenschaft. Allerdings hat sich innerhalb dieser Themen die spezifische Thematik stark gewandelt. Die Gründe für diese Entwicklung haben wenig zu tun mit den wissenschaftlichen Debatten unter Politikwissenschaftlern oder mit dem Durchbruch innovativer Ansätze und neuer Ideen. Sicher, der innerwissenschaftliche Entwicklungsprozess war von manchen Diskussionen gekennzeichnet und sowohl die Datenrevolution als auch die technologische Revolution haben in der empirischen Politikwissenschaft ihre Spuren hinterlassen. Aber insbesondere in der Politikwissenschaft sind vielfältige externe Einflüsse relevant, sowohl was die Formulierung des Erkenntnisinteresses, den Gegenstand und die Problemdefinition als auch was die theoretischen und empirischen Ansprüche und Vorgehensweisen anbelangt. Stichwortartig können die wichtigsten gesellschaftlichen und politischen Ereignisse, welche die spezifische Thematik der empirischen Politikwissenschaften in den letzten Jahrzehnten stark beeinflusst haben, wie folgt zusammengefasst werden:

– Die allmähliche Auflösung von traditionellen Bindungen und Identifikationen und die Bildung neuer Zugehörigkeiten. Meistens wird hier auf den Prozess des Wertewandels („Individualisierung“) und der abnehmenden Relevanz traditioneller sozialer Milieus und Lager für politische Orientierungen hingewiesen.

– Das allmähliche Verschwinden klarer Trennungslinien zwischen „Politik“ und „Gesellschaft“ durch die Expansion staatlicher Tätigkeiten und Aufgaben. Hier sind die wach-

sende Komplexität moderner Gesellschaften sowie das Anwachsen sozialstaatlicher Aufgaben Schlüsselbegriffe.

– Der allmähliche Bedeutungsverlust des Nationalstaates als selbstverständliche Arena und Orientierungspunkt und das Aufkommen neuer politischer Entitäten in Europa. Folgen dieser Entwicklungen sind vor allem sichtbar in der Entwicklung komplexer Mehrebenensysteme mit supra-, inter-, intra- und subnationalen Prozessen.

– Die endgültige Beendigung des Kalten Krieges und die Auflösung der Sowjetunion und ihres Herrschaftssystems in Ost- und Mitteleuropa. Dabei hat sich in Deutschland die Situation mit der Wiedervereinigung grundlegend geändert.

Bis weit in die 70er Jahre hinein dominierten die Sorgen um die Lebensfähigkeit und Überlebenschancen der „Bonner Republik" die politikwissenschaftlichen Diskussionen in Deutschland. Aber deutlich ist auch, dass bereits damals die Bundesrepublik „... eine westliche Industriegesellschaft unter anderen geworden" war, die erfasst wird „von den für diese Gesellschaften charakteristischen Entwicklungstrends" und „doch ein sehr besonderer, zum Extrem tendierender Fall" bleibt (Kielmansegg 2000: 347). Deswegen sind in den letzten Jahrzehnten auch keine fundamentalen Änderungen in den Themen der empirischen Politikwissenschaft zu verzeichnen. Viel eher sind weitgehende Anpassungen der spezifischen Thematik im Rahmen der früher ausgereiften Hauptthemen zu beobachten.

Die thematischen Anpassungen im Bereich der *Demokratieforschung* sind in der empirischen Politikwissenschaft deutlich nachweisbar. Die Debatten der 70er Jahre waren gekennzeichnet von einer Wiederbelebung der Frage nach den Lebenschancen der Demokratie in einem Zeitalter des politischen Protests und Widerstands. An vielen Orten werden „Krisen der Demokratie" wahrgenommen, welche die Aufmerksamkeit auf die offensichtlich mangelnde Legitimität des politischen Systems lenkten. Diese Krisentheorien haben sich als nicht sehr realistisch erwiesen, was auf einzigartige Weise in dem von Max Kaase und Kenneth Newton geleiteten „Beliefs in Government"-Projekt empirisch untermauert worden ist (Kaase/Newton 1995). In den Diskussionen jüngeren Datums spielt Legitimität noch immer eine zentrale Rolle, allerdings sind es jetzt nicht mehr Begriffe wie „demand overload" oder „ungovernability", welche die Richtung vorgeben. Stattdessen sind Fragen nach den Konsequenzen abnehmender sozialer Kohäsion und nach der Bedeutung demokratischer Performanz in den Vordergrund gerückt. Und selbstverständlich haben die Ereignisse in Ost- und Mitteleuropa zu einer Belebung transformationstheoretischer Ansätze geführt, und die fortschreitenden europäischen Integrations- und Konvergenzprozesse haben die Modifizierung demokratietheoretischer Ansätze stark gefördert. Die Demokratie und ihr Funktionieren („das politische System") stehen nach

wie vor im Vordergrund; die Vorliebe für Krisentheorien hat in den letzten dreißig Jahren jedoch spürbar nachgelassen.

Wahlen und Wahlbeteiligung bilden das zweite Hauptthema der empirischen Politikwissenschaften. Die Kölner Wahlstudie 1961 basierte auf dem Versuch, die konventionellen Ansätze der „Columbia Schule“ und der „Michigan Schule“ miteinander zu kombinieren und betrachtete das Wählen als den weitaus wichtigsten Aspekt der Demokratie aus der Sicht der einzelnen Bürger. Auch heutzutage wird Wahlen dieser Sonderstatus nicht vorenthalten. Allerdings ist klar, dass Wählen eine von vielen Partizipationsmöglichkeiten der Bürger ist und dass nicht der Gang zur Wahlurne, sondern der gesamte Komplex demokratischer Einstellungen zu betrachten ist. Somit bildet die Staatsbürgerrolle der Wähler und nicht der einzelne Wahlakt allmählich das Hauptthema der Forschung. Diese breite Orientierung zeigt sich auf beeindruckende Weise in der von Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann seit Jahren herausgegebenen „blaue Bände“ (vgl. Klingemann/Kaase 2001). Außerdem verschoben sich die fast klassischen Fragestellungen bezüglich der Wechselwähler oder der Nichtwähler eindeutig. Wurde die letztgenannte Form politischer Enthaltung lange Zeit als ein erklärungsbedürftiges Defizit erfahren, ist jetzt klar, dass Nichtwählen auch als eine Form des politischen Protests verstanden werden kann. Damit hat sich Nichtwählen zu einem festen Bestandteil der Wählerstudien entwickelt.

Ähnliche Entwicklungen lassen sich auch beim dritten Thema, der *politischen Partizipation*, erkennen. Die Erweiterung der Formen politischer Beteiligung hat bereits Ende der 60er Jahre zu der Anerkennung „unkonventioneller Formen“ – wie z.B. Demonstrationen, Boykotte und Bürgerinitiativen – geführt. In einer Periode, in der manche Beobachter die (mangelnde) demokratische Legitimität dieser Aktivitäten problematisierten, war Max Kaase maßgeblich an der „Political Action“-Studie beteiligt (Barnes/Kaase et al. 1979). Mit der weitergehenden „Vergesellschaftung der Politik“ und mit der „Politisierung der Gesellschaft“ verschwanden nicht nur die Grenzen zwischen den verschiedenen Formen politischer Beteiligung, sondern auch die Abgrenzung von politischer und sozialer Beteiligung lässt sich allmählich immer schwieriger durchhalten. Die neueste Belebung Tocquevilleanischer Ansätze im Bereich sozialer Netzwerke, des sozialen Engagements und ehrenamtlicher Tätigkeiten machen es heutzutage fast unmöglich, den Begriff politische Partizipation einzuschränken. Zur gleichen Zeit ändern neue Medien die politischen Informations- und Kommunikationsströme grundlegend. Statt auf institutionalisierte (und legalisierte) Einflussnahmen durch die Auswahl des politischen Führungspersonals beschränkt zu sein, kann der Bereich der politischen Partizipation heute fast jede Aktivität umfassen. Die „Individualisierung sozialer Konflikte“ impliziert eine weitgehende „Individualisierung politischer Partizipation“.

Die Entwicklungen der drei Hauptthemen der empirischen Politikwissenschaft in den letzten Jahrzehnten sind gekennzeichnet von Kontinuität und Anpassungsfähigkeit an sich stark ändernde Rahmenbedingungen – sowohl politisch, gesellschaftlich als auch wissenschaftlich-organisatorisch. Von einer klaren Fokussierung auf konventionelles politisches Verhalten einzelner Bürger haben sich die Fragestellungen in Richtung umfassender Analysen entwickelt, wobei Demokratie, Wahlen und Partizipation ausschließlich in wechselseitiger Abhängigkeit von einander zu betrachten sind. Die Anklage, dass die empirische Politikwissenschaft „Politik in Soziologie verwandelt" (vgl. Lietzmann 1996: 67), ist deswegen nicht nur falsch, sondern auch unsinnig. Die allmähliche Auflösung der klaren Grenzlinien zwischen Politik und Gesellschaft ist kein Phänomen, das sich auf der Basis beliebiger Festlegungen fruchtbar analysieren lässt. Mit anderen Worten: Die Dominanz der Politik ist nicht einfach vorgegeben, sondern ist selbst Objekt der Forschung.

3. Neue Herausforderungen

Die kontinuierliche Entwicklung der empirischen Politikforschung in den letzten Jahrzehnten ist für die einzelnen Themen einfach nachweisbar. Allerdings hat sich die spezifische Thematik deutlich geändert. Man kümmert sich nicht länger um Fragen wie „Bereiten die Studenten den Bürgerkrieg vor?", sondern man fragt zum Beispiel nach den Konsequenzen von verschwindendem Sozialkapital oder von abnehmender demokratischer Performanz. In einem Rückblick auf 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland stellt Kaase fest:

„Die aktuelle deutsche Wahlforschung stellt also letztlich in ihrer Vielfalt eine Amalgamierung institutioneller und personeller Traditionslinien mit dem Kern der Kölner Wahlstudie und der Integration einiger zusätzlicher Entwicklungsschwerpunkte dar." (2000: 23)

Eine „Vielfalt" und „Amalgamierung" verschiedener Traditionslinien lassen sich sicherlich auch für die Demokratieforschung und für Studien im Bereich der politischen Partizipation beobachten. Das weitaus wichtigste Bindeglied der in diesem Sinne inhaltlich „vielfältigen" aktuellen empirischen Politikforschung bildet dabei noch immer ihr verhaltensorientierter Hintergrund. Simpler Behaviorismus spielte nie eine entscheidende Rolle in der empirischen Politikforschung und spielt das auch heute nicht. Bereits die Kölner Wahlstudie basierte explizit auf verschiedenen Ansätzen und auf dem Versuch, mehrere Aspekte und Ebenen des politischen Systems zu berücksichtigen. Die lebhaften Diskussionen über die Anwendung Rational-Choice-theoretischer Ansätze in der empirischen Politikforschung jüngeren Datums unterstreichen die Offenheit des Fachbereichs für Neuerungen auf der Basis eines gemeinsamen Verständnisses des Erkenntnisinteresses (exemplarisch dazu Fuchs/Kühnel 1994).

Die kontinuierliche Entwicklung hat auch auf der institutionellen Ebene viele Spuren hinterlassen. Neben ZA, ZUMA und GESIS ist auch die Forschungsgruppe Wahlen (FGW) zu erwähnen, die seit den 70er Jahren in Zusammenarbeit mit dem ZDF regelmäßig Repräsentativbefragungen durchführt (die sogenannten „Politbarometer"). Eine Reihe weiterer Projekte belegt den Ausbau und die institutionelle Einbettung der empirischen Politikforschung in Deutschland. Die seit 1980 zweijährlich durchgeführte „Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften" (ALLBUS) umfasst eine einzigartige Kombination von politischen und gesellschaftlichen Themen und entspricht den höchsten Qualitätsbedingungen der modernen Umfrageforschung. Langfristig angelegte internationale Kooperation findet unter anderem im Rahmen des „Cross National Election Project" (CNEP), des „International Social Survey Program" (ISSP), der „Europawahlstudien" und des „Comparative Study of Electoral Systems" (CSES) statt. Selbstverständlich wurden außerdem mehrere Projekte zu speziellen Themen konzipiert und durchgeführt, wie zum Beispiel die der „Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern" (KSPW) oder die des Netzwerks „Citizenship, Involvement, Democracy" (CID). Für die weitere Entwicklung der empirischen Politikforschung wird sicherlich auch der im Herbst 2002 zum ersten Mal durchgeführte „European Social Survey" (ESS) eine zentrale Rolle spielen. Auch in dieser Studie steht die Kombination politischer und gesellschaftlicher Fragestellungen im Vordergrund und wird die Einhaltung allerhöchster methodischer Anforderungen angestrebt.

Die institutionellen Entwicklungen haben die Analysemöglichkeiten stark erweitert. Mit dem Aufbau der ALLBUS-Reihe und der systematischen Aufarbeitung der verschiedenen deutschen Wahlstudien sind manche Fragestellungen nicht mehr auf Querschnittsanalysen beschränkt. Stattdessen sind longitudinale Analysen vielerlei Art möglich geworden. Trotz dieser Entwicklungen bereitet überraschenderweise ausgerechnet das Herzstück der empirischen Politikforschung – die Wählerstudien – noch immer Sorge. Erst seit den Bundestagswahlen 1998 gibt es eine „Deutsche Wahlstudie" (DWS); bis dahin basierten alle auf Wahlen und Wähler bezogenen Studien in Deutschland auf Ad-hoc-Lösungen bezüglich der Organisation und Finanzierung verschiedener Projekte in diesem Bereich. Diese Situation ist in Anbetracht der gesamten Infrastruktur für empirische Forschung in Deutschland umso erstaunlicher. Auf Initiative von Franz Pappi haben die beiden Berufsverbände von Politikwissenschaftlern und Soziologen 2002 eine Kommission gegründet, die eine institutionelle Regelung der deutschen Wahlstudie vorbereiten soll. Damit wird – wenn auch reichlich spät – eine der letzten Lücken der empirischen Politikforschung bald geschlossen.

Blickt man auf die Ereignisse der letzten Jahrzehnte zurück, lässt sich feststellen, dass die Köln-Mannheimer Schule inhaltlich wie organisatorisch eine klare Erfolgsgeschichte

verkörpert. Baumert, Scheuch, Wildenmann, Pappi, Klingemann, Kaase und vielen anderen ist in dieser Hinsicht sehr viel zu verdanken. Während kritische Beobachter von Lepsius (1961) bis Lietzmann (1996) die Entwicklung der deutschen Politikwissenschaft als „nicht gelungen“ oder als „insgesamt unbefriedigend“ bezeichnen, fällt eine solche Bilanz für die empirische Politikforschung eher positiv aus. Teilweise entstehen diese divergierenden Eindrücke und Einschätzungen auch, weil die Wissenschaftler der Köln-Mannheimer Schule sich in ihre „Festungen“ zurückgezogen haben. Womöglich haben gerade die großen Anstrengungen, eine verhaltensorientierte empirische Politikwissenschaft aufzubauen, verhindert, dass eine weithin akzeptierte Integration dieser Ansätze in der allgemeinen Politikwissenschaft an deutschen Universitäten erfolgreich gelingen konnte. Die „starke Fragmentierung“ der deutschen Politikwissenschaft, welche von Beyme (1986: 23) in vielen Bereichen der Disziplin noch Mitte der 80er Jahre nachweisen konnte, scheint auch heute noch wirksam zu sein.

Ein krasses Beispiel dieser Neigung zur Abschottung liefert der 1999 erschienene Band „Schulen in der deutschen Politikwissenschaft“, in dem Vertreter der Freiburger Schule, der Münchner Schule, der Göttinger Schule usw. die besonderen Merkmale und Hintergründe ihrer Ansätze präsentieren. Am Ende seines einführenden Kapitels stellt Herausgeber Wilhelm Bleek fest, dass „... die Köln-Mannheimer Schule mit ihrem Anspruch auf empirische Sozialforschung eine wichtige Rolle“ in der Geschichte der deutschen Politikwissenschaft gespielt habe. Allerdings gebe es leider keinen Beitrag dieser Schule in diesem Band, „... weil sich trotz entsprechender Bemühungen kein Autor fand, der diese Aufgabe übernehmen wollte.“ (1999: 18)

Eine fehlende Bereitschaft, mit Kollegen außerhalb des eigenen Kreises zu kommunizieren, verstärkt das Gefühl der „Splendid Isolation“ innerhalb und außerhalb Kölns und Mannheims. Sie geht sicherlich teilweise auf gemeinsame Erfahrungen der Generationen der 60er und 70er Jahre zurück und ist als solche einfach zu dokumentieren und zu verstehen. Nach drei Jahrzehnten bildet sie jedoch auch die größte Gefahr für die weitere Entwicklung sowohl der empirischen Politikforschung als auch der Sozialwissenschaften im allgemeinen. Die wichtigste Herausforderung für die vor kurzem angetretenen Generation stellt vor diesem Hintergrund nicht nur die Integration der nächsten Generationen in die eigenen Netzwerke und Institutionen dar, sondern auch deren Öffnung für Kollegen anderer Schulen und Disziplinen.

Literatur

Barnes, S.H./Kaase, M. et al., 1979: Political Action. Mass Participation in five Western Democracies. Beverly Hills/London: Sage.

Bleek, W., 1999: Einleitung. S. 9-18 in: Bleek, W./Lietzmann, H.J. (Hrsg.), Schulen in der deutschen Politikwissenschaft. Opladen: Leske + Budrich.

Faul, E., 1979: Politikwissenschaft im westlichen Deutschland. Bemerkungen zu Entwicklungstendenzen und Entwicklungsanalysen. Politisches Vierteljahresheft 2: 71-103.

Fuchs, D./Kühnel, S., 1994: Wählen als rationales Handeln: Anmerkungen zum Nutzen des Rational-Choice-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung. S. 305-364 in: H.-D. Klingemann/M. Kaase (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Greven, M.T., 1991: Was ist aus den Ansprüchen einer kritisch-emanzipatorischen Politikwissenschaft vom Ende der 60er Jahre geworden? Eine Skizze des Paradigmas und seines Scheiterns. S. 221-246 in: G. Göhler/B. Zeuner (Hrsg.), Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft. Baden-Baden: Nomos.

Kaase, M., 2000: Entwicklung und Stand der Empirischen Wahlforschung in Deutschland. S. 17-40 in: M. Klein/W. Jagodzinski/E. Mochmann/D. Ohr (Hrsg.), 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Kaase, M./Newton, K., 1995: Beliefs in Government. Oxford: Oxford University Press.

Kastendiek, H., 1990: Political Development and Political Science in West Germany. S. 108-126 in: D. Easton/J.G. Gunnell/L. Graziano (Hrsg.), The Development of Political Science. A Comparative Survey. London: Routledge.

Kielmansegg, P. Graf, 2000: Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschlands. Berlin: Siedler.

Klingemann, H.-D./Kaase, M. (Hrsg.), 2001: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Lepsius, M. R., 1961: Denkschrift zur Lage der Soziologie und der politischen Wissenschaft. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Lietzmann, H.J., 1996: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung, Stand und Perspektiven. S. 38-76 in: H.J. Lietzmann/W. Bleek (Hrsg.), Politikwissenschaft. Geschichte und Entwicklung in Deutschland und Europa. München/Wien: Oldenbourg Verlag.

Mannheim, K., 1928/29: Das Problem der Generationen. Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie 7: 157-184 und 309-330.

Scheuch, E.K., 1968: Bereiten die Studenten den Bürgerkrieg vor? Zur Problematik der Umfrageforschung als Frühwarnsystem. Itzehoe: Hansen und Hansen.

Scheuch, E.K., 2000: Die Kölner Wahlstudie zur Bundestagswahl 1961. S. 41-58 in: M. Klein/W. Jagodzinski/E. Mochmann/D. Ohr (Hrsg.), 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Von Beyme, K., 1986 : Die deutsche Politikwissenschaft im internationalen Vergleich. S. 12-26 in: von Beyme, K. (Hrsg.), Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklungsprobleme einer Disziplin. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Wildenmann, R./Kaase, M., 1968: Die unruhige Generation. Eine Untersuchung zu Politik und Demokratie in der Bundesrepublik. Mannheim: Lehrstuhl für Politische Wissenschaft.